Morgen-Ausgabe.

Annoncen-
Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neun undsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Daube & Co. —
Haasenstein & Vogler, —
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank.“

Nr. 292.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an

Donnerstag, 27. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Delbrück.

Es war eine große Stunde, für das deutsche Volk, als der Grundstein zu dem neuen Deutschen Reiche gelegt wurde, glücklicher noch durch den Umstand, daß bedeutende Werkmeister zur Stelle waren, denen der großartige Bau anvertraut werden konnte. Delbrück gehört zu den Ersten und Besten derselben Schon bevor das Deutsche Reich und bevor noch der Norddeutsche Bund errichtet wurde, arbeitete er an Unternehmungen, welche die Einigung der nationalen Kräfte als Ziel verfolgten; und als der Aufbau des deutschen Reiches in Angriff genommen wurde, hat er wesentlich daran mitgewirkt. Noch ist das Werk nicht vollendet. Jahrzehnte lang mußten die Materialien dazu herbeigeführt und ausgewählt, in blutigen Kämpfen für das neue Staatsgebäude Raum geschaffen werden, und man kann nicht verlangen, daß in einem Lustrum oder in einem Jahrzehnt alle Mängel, Provisorien und Unfertigkeiten beseitigt sein sollen. Um so schmerzlicher muß der Rücktritt eines Mannes berühren, zu dessen Arbeitskraft, Fähigkeiten und Charakter die Nation das größte Vertrauen hegt.

Als dem deutschen Reichstage im Frühjahr 1871 der Gesetzentwurf wegen der Dotation hervorragender Heerführer vorgelegt wurde, nahm derselbe den von der Kommission in Uebereinstimmung mit der Regierung empfohlenen Zusatz an, daß außer den Heerführern auch „deutsche Staatsmänner, welche bei den nationalen Erfolgen in hervorragender Weise mitgewirkt haben“, Dotationen erhalten sollten. Denn man war allseitig der Ansicht, daß in dieser Kategorie Delbrücks Name obenan stehen müsse, der Name des Mannes, von dem man einst, als die falsche Nachricht umlief, er sei geadelt worden, sagte: „Deutschland hat seinen besten Bürger verloren.“ Deshalb wurde er bei der Vertheilung vom Kaiser in die zweite Kategorie (mit den Generälen Göben und Werder) gesetzt und mit 200,000 Thlr. ausgestattet.

Man hat Delbrück die „rechte Hand“ Bismarcks genannt, indessen er war mehr. Ein auswärtiges Blatt erzählt, daß Blücher einst in einer Gesellschaft das Räthsel aufgab, wie man es machen müsse, um seinen eigenen Kopf zu küssen. Als Niemand dies anzugeben wußte, ging der Feldmarschall „Vorwärts“, ohne ein Wort zu sagen, auf den ihm gegenübersitzenden Gneisenau, seinen Generalstabschef, zu und küßte ihn auf die Stirn. Fürst Bismarck hätte Aehnliches mit Delbrück machen können, denn in volkswirthschaftlichen Dingen, in finanzpolitischen Fragen war dieser ohne Frage der Kopf des Reichskanzlers, der ja zu wiederholten Malen seine Inkompetenz in solchen Dingen bekannt hat, in denen sein Generalstabschef anerkannte Autorität war. In der That hat Fürst Bismarck den Präsidenten der Reichskanzlei als „seinen Gneisenau“ bezeichnet.

Und doch heißt es, daß Delbrück wegen Meinungsverschiedenheiten mit seinem Kanzler aus dem Dienste scheidet, da man an die offiziös so häufig mißbrauchten „Gesundheitsrücksichten“ nicht glauben kann, denn der 58jährige Staatsminister, welcher erst vor einem Jahre geheirathet hat, soll das Bild voller Gesundheit und Rüstigkeit gewähren. Ebenso ist bei einem Beamten von der Art Delbrücks, welchem der Staatsdienst im Verlauf von 30 Jahren fast zur zweiten Natur geworden ist, schwer anzunehmen, daß rein persönliche oder häusliche Gründe ihn bewogen haben, den Ruhestand aufzusuchen. Indessen fehlt jeder bestimmte Anhalt über Differenzen zwischen dem konservativen Kanzler „Vorwärts“ und seinem „Gneisenau“. Delbrück ist ein nüchterner Geschäftsmann und nicht ein Politiker von idealem Fluge. Er ist in erster Linie Verwaltungsbeamter und nur so weit Staatsmann, als man dies sein muß, um ein guter Verwaltungsbeamter zu sein. Es existirt von ihm das Scherzwort, daß er auf die Frage, zu welcher Partei er denn eigentlich gehöre, die Antwort gegeben habe, er habe noch niemals Zeit gehabt, darüber nachzudenken. Jedenfalls ist Delbrück ein entschiedener Freihändler und steht — ganz abgesehen von seiner deutschen Gesinnung — den Liberalen näher als Bismarck. Delbrücks Name war nicht nur ein Programm, sondern auch eine Bürgschaft der Fortentwicklung und konnte gewissermaßen die in der Reichsverfassung fehlende Ministerverantwortlichkeit ersetzen. Die „Germania“ hat nicht ganz unrecht, wenn sie schreibt: „Es war dem Fürsten Bismarck, der bekanntlich mit Detail- und Bureauarbeiten sich selbst höchst ungern abgiebt, nur dadurch möglich, die ganzen Reichsgeschäfte auf seine alleinige Verantwortung zu führen, daß er in Herrn Delbrück einen Stellvertreter mit ungemeiner Arbeitskraft, großen und vielseitigen Kenntnissen, bewährter Ruhe und Umsicht, sowie von anspruchsloser Ergebenheit besaß. Wir glauben nicht, daß ein Ersatz für diese Kraft zu finden ist; es wird also eine Theilung des Arbeitsfeldes, dem bisher der Präsident des Reichskanzleramtes vorgestanden hat, unvermeidlich sein, und das führt — mag Fürst Bismarck auch widerstreben — über kurz oder lang naturnothwendig auch zu einer Theilung der Verantwortlichkeit.“

Die „Germania“ scheint sich demnach über den Abgang Delbrücks zu freuen, weil er durch seine eminenten Fähigkeiten den Ausbau der Verfassung gehindert habe. In der „Kreuzzeitung“ suchen wir vergeblich nach einem Urtheil, doch ist anzunehmen, daß dieses Blatt, welches die Wirthschaftspolitik des Deutschen Reiches unter der Firma „Delbrück, Camphausen, Bleichröder“ zu verdächtigen suchte, die Freude der „Germania“ theilt, wenn auch aus anderen Gründen, besonders im Interesse der Agrarier und Zünftler.

Einstweilen versichern jedoch die Eingeweihten, daß der Personenwechsel im Präsidium des Kanzleramts keinen Systemwechsel bedeute. Die Wahl des Nachfolgers wird darüber mehr Aufschluß geben, als offiziöse Versicherungen. Zunächst ist es gewiß nicht leicht, einen Präsidenten der Reichskanzlei zu finden, welcher alle Funktionen des Vorgängers übernimmt, und es ist daher leicht denkbar, daß der Personenwechsel wenigstens eine Umänderung d. h. eine Verminderung des Ressorts zur Folge hat. Denn der Posten des Präsidenten der Reichskanzlei scheint ebenso auf den Leib Delbrücks geschnitten wie der Posten des Reichskanzlers dem Fürsten Bismarck. Beide Aemter dürften unter den Nachfolgern eine andere Gestalt annehmen.

Ueber den Lebens- und Entwickelungsgang des bisherigen Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück sind wir in der Lage nachstehende Mittheilungen zu machen:

Martin Friedrich Rudolph Delbrück wurde 1817 zu Berlin als Sohn Joh. Friedr. Gottlob Delbrück's geboren, welcher neun Jahre lang (1800—9) die Erziehung des damaligen Kronprinzen von Preußen, nachmaligen Königs Friedrich Wilhelm IV., und des Prinzen Wilhelm, des jetzigen Kaisers von Deutschland, geleitet und obwohl zum Geheimen Regierungsrath ernannt, mehrere ihm angetragene Stellungen im Staatsdienst abgelehnt hatte; 1817 wurde er Superintendent in Zeitz, woselbst er 1830 starb, nachdem es ihm vergönnt gewesen, seinem Sohne eine tüchtige Erziehung zu geben. Seine Gattin hatte er bereits im Jahre 1823 verloren. Der junge Delbrück besuchte das Gymnasium zu Halle und bezog dann, kaum 16 Jahre alt, 1833 die Universität Bonn, um dort Rechtswissenschaft zu studiren. Nachdem er dies Studium später in Göttingen und Berlin fortgesetzt und hier ein Jahr als Freiwilliger gedient hatte, zugleich mit dem späteren General-Postdirektor v. Philippsborn, mit dem er seitdem in dauernder Freundschaft stand, legte er 1837 das erste juristische Examen ab und begann in Halle beim Land- und Stadtgericht als Auskultator seine amtliche Laufbahn. 1839 an die Regierung zu Merseburg versetzt, blieb er dort bis 1841. Bei dem 1842 abgelegten größeren Examen überraschte er die Examinatoren ebenso sehr durch Scharfsinn wie durch gediegenes und ausgebreitetes Wissen, namentlich in allen finanziellen und wirthschaftlichen Fragen, in Folge dessen er unmittelbar darauf als Hilfsarbeiter in das Finanzministerium und zwar in die Generalverwaltung der Steuern berufen wurde, welche damals unter Kühne's Leitung stand. Nach einem Jahre ward er nach der Abtheilung im Finanzministerium versetzt, aus welcher später das Handelsministerium hervorging. Wie er dort an Kühne einen Vorgesetzten gefunden hatte, dessen Verwaltungsgrundsätze ihm für alle spätere Zeiten als Richtschnur galten, so begegnete er hier in Beuth einem Chef, welcher recht eigentlich als Gründer der preußischen Handelspolitik gelten kann. In Beuth's Schule gewann und befestigte sich Delbrück in der freien Auffassung wirthschaftlicher Verhältnisse, für welche damals der Boden noch wenig geebnet war, die aber auf dem Boden der norddeutschen Bundesverfassung um so größeres Gedeihen fand und dem gewerblichen und Verkehrsleben die größte Freiheit der Bewegung gab. 1844 trat Delbrück in das unter Rönne konstituirte Handelsamt ein, wurde 1848, nachdem dasselbe aufgehoben worden war, als Ministerialdirektor in das Märzministerium berufen und übernahm nach dessen Rücktritt das Direktorium in dem neugeschaffenen Handelsministerium mit dem Titel eines Wirkl. Geh. Ober-Regierungsraths.

In dieser Stellung vermochte er seiner amtlichen Thätigkeit den Stempel seiner staatsmännischen Persönlichkeit aufzudrücken, indem ihm gestattet war, die Fülle seiner Einsichten und Erfahrungen und die in seinen Beziehungen zu Kühne, Beuth und Rönne befestigten und geläuterten volkswirthschaftlichen Grundsätze, wenn auch noch unter mannigfachem Druck innerer und äußerer Verhältnisse, so doch auch nach eigenem Ermessen für den Staat zu verwerthen. Gerade damals drohte dem Zollverein und der preußischen Handelspolitik die größte Gefahr, da man österreichischerseits ganz unerwartet mit dem Verlangen einer Zolleinigung Oesterreichs mit Deutschland hervortrat, welche in Rücksicht auf den geringen Verbrauch zollpflichtiger Artikel mit den wenig kultivirten Kronländern gegenüber der nach der Kopfzahl zu bemessenden Vertheilung der Zollvereinseinnahmen allen Vortheil auf Seiten Oesterreichs gebracht hatte. Oesterreich mußte indessen doch auf den Gedanken eines „deutschen Zollreichs von 70 Millionen“ verzichten, trat aber nunmehr mit dem Vorschlage eines Handelsvertrages hervor, für welchen es das Zugeständniß verlangte, daß ohne seine Einwilligung hinfort Tarifveränderungen nicht stattfinden sollten, ein Vorbehalt, mittelst dessen der Weg zu einer vollständigen Zolleinigung gebahnt werden sollte. Damit wäre jede Entwickelung der Handelspolitik im Geiste des Freihandels unmöglich gemacht worden. Delbrück wies daher die Bruck'schen Anträge zurück und leitete in aller Stille Unterhandlungen mit dem damaligen Steuerverein (Hannover, Oldenburg, Lippe) ein, welcher zwischen den östlichen und westlichen Provinzen Preußens sich eingeschoben hatte.

Es gelang seiner Geschicklichkeit, die Vereinsstaaten zu einem Vertrage mit Preußen auf den Grundsätzen des Zollvereins zu bestimmen und gestützt auf das nunmehr gewonnene Zollgebiet im Norden konnte Preußen es ruhig darauf ankommen lassen, ob die für das österreichische Interesse gewonnenen süddeutschen Staaten eine Sprengung des Zollvereins provoziren und sich dadurch ganz und gar vom Meere abschneiden lassen würden. Indessen der geniale Gegenzug Delbrücks gegen das Bruck'sche Schach brachte die Süddeutschen zur Besinnung und am 4. April 1853 wurde der neue Zollvereinsvertrag für weitere 12 Jahre in Berlin abgeschlossen. Diesem ersten großen Verdienste, das er sich erworben, folgte als zweites der Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich, welches dem Zollverein dieselben Begünstigungen zugestand, wie England und Belgien erlangt hatten, und die ihm auf diese Weise möglich machten, die westmächtliche Konkurrenz mit dem Weltmarkte auszuhalten. Auch hier versuchte Oesterreich noch einmal im Bunde mit den süddeutschen Staaten das Spiel von 1851. Indeß die deutsche Handelspolitik Delbrücks, von dem inzwischen (8. Okt. 1862) ins Amt getretenen preuß. Ministerpräsidenten v. Bismarck angenommen, siegte auch diesmal über allen Widerstand und am 12. Okt. 1864 traten alle Zollvereinsstaaten dem von Preußen mit Frankreich am 29. März 1862 im Entwurf festgestellten Handelsvertrage bei. Delbrück unterhandelte noch in demselben Jahre einen neuen Handelsvertrag mit Oesterreich und schloß, nach erfolgreich geführten Unterhandlungen mit England und Belgien, am 31. Aug. 1865 den Handelsvertrag mit Italien ab. Aber erst unter der Gunst der großen Verhältnisse, welche die deutsche Politik Bismarcks herbeigeführt hatte, konnte er die Reform des Zollvereins selbst durch Unterwerfung des Einzelwillens und Ergänzung der Regierungsautorität durch eine Volksvertretung ins Auge fassen. Die Erfolge des Jahres 1866 kamen ihm zu Hülfe und am 8. Juli 1867 wurde in Berlin der neue Zollvereinsvertrag geschlossen, durch welchen die Angelegenheiten des Vereins von der Entscheidung der Majorität des Zollbundesraths und Zollparlaments abhängig gemacht wurden. Die Vortheile dieser Reform traten durch den Abschluß von Handelsverträgen, durch Tarifreformen u. s. w. in rascher Folge sehr bald ins hellste Licht, während sie zugleich dem inzwischen, seit dem 12. Aug. 1867, zum Präsidenten des Bundeskanzleramtes ernannten Delbrück Gelegenheit gab, seine hohe staatsmännische Begabung auch nach der parlamentarischen Seite hin zu entwickeln und zur größten Anerkennung zu bringen.

Das Bundeskanzleramt wurde geschaffen, um die Geschäfte des norddeutschen Bundes unter dem Bundeskanzler, welcher für sich alle Verantwortlichkeit übernahm, zu leiten, und Graf Bismarck hatte in Delbrück den Mann gefunden, welcher dem ihm übertragenen Amte durch die Einprägung seines klaren, energischen und positiven Geistes hohe Bedeutung geben konnte und gegeben hat. Zugleich war Delbrück, als Chef der Bundeskanzlei, der Stellvertreter des Bundeskanzlers im Reichstag wie im Kabinet, sein Bevollmächtigter bei wichtigen, auf Fortentwickelung seiner deutschen Politik gerichteten Fragen, gewissermaßen sein Spezialminister. In Folge dieser amtlichen und individuellen Stellung wurde Delbrück 1868 auch zum Mitgliede des preußischen Staatsministeriums, zum Staatsminister ernannt, um die Regierung des Bundes in steter Fühlung mit der Regierung Preußens zu erhalten. Die Persönlichkeit Delbrücks, seine Arbeitskraft und der liberale Geist seiner Gesetzgebungspolitik auf allen Gebieten der Verkehrsbewegung und Volkswirthschaft machte sich bald kenntlich. Namentlich ist die Gewerbeordnung hauptsächlich nur durch Vermittelung seines Einflusses zu Stande gekommen. Außerhalb aller spezifischen Parteibestrebungen stehend, übte er durch seine klare, objektive und geschäftliche Behandlung der zur Diskussion gestellten Fragen einen entschiedenen Eindruck auf die Volksvertretung aus. Das oratorische Pathos war ihm fremd, aber wie meisterhaft er nicht blos über volkswirthschaftliche und Handelsfragen, sondern auch über rein politische Verhältnisse Licht zu verbreiten und volles Verständniß dafür herbeizuführen vermochte, bewies u. A. seine Rede am 5. Dezbr. 1870, in welcher er die Verträge über den Beitritt der süddeutschen Staaten, ihre Entstehung und ihr Wesen erläuterte. Er konnte nicht umhin, dabei seine eigene, auf die Herbeiführung der endlichen politischen Einigung Deutschlands gerichtete Thätigkeit zu berühren, und in der That ist seine diplomatische Sendung an die süddeutschen Höfe wie seine Theilnahme an den versailler Verhandlungen in dieser Beziehung von großem Einfluß gewesen.

Als Grund für den Rücktritt Delbrücks werden Differenzen wegen der von neuem abzuschließenden internationalen Handelsverträge bezeichnet. Delbrück soll zu streng auf freihändlerischem Standpunkt beharren. Damit würde eine telegraphische Nachricht der „Schl. Z.“ übereinstimmen, welche als Nachfolger den Abgeordneten Miquel bezeichnet, welcher mehr zu antiliberalen Kompromissen geneigt ist als Delbrück. Die „Schl. P.“ erinnert daran, daß im Jahre 1873 Delbrück und Camphausen die Aufhebung der Eisenzölle in einem Augenblicke vorschlugen, wo die heimische Produktion den Bedarf nicht entfernt decken konnte. Der Reichstag faßte den unerhörten und höchst inkonstitutionellen Beschluß, der Reichsregierung die Einnahme aus den Eisenzöllen noch auf vier Jahre aufzudrängen, die Warnung, daß man auf so lange Zeit die reaktionäre Agitation in Permanenz erklären würde, wurde in den Wind geschlagen. Miquel entwickelte eine wahrhaft unheimliche Rührigkeit, um das „Kompromiß“ herbeizuführen. Die Aussicht, das Gesetz vom 9. Juli 1873 vor dem 1. Januar 1877 wieder umzustoßen, war es, welche der schutzzöllnerischen Partei Kraft, Zusammenhalt und Bedeutung verlieh und für die Wühlereien der Wagener und Kardorff den Boden präparirte. Herr Wagener, so sagt man, habe mit dem Reichskanzler gespannt gelebt, und diese Spannung sei jetzt ausgeglichen. Der Preis, den es gekostet hat, Herrn Wagener wieder in gute Laune zu versetzen, wird etwas hoch gewesen sein, und der Rücktritt Delbrücks kann damit in Zusammenhang stehen.

Die „Einigung“ zwischen Russen und Polen.

Die Stimmen einiger russischer Blätter, namentlich der „St. Pietersburgski Wiedomosti“ (Petersburger Nachrichten) und des „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit), welche eine Einigung zwischen Russen und Polen auf Grund des russischen Panslavismus verlangen, halten die polnische Presse in beständiger Aufregung. Während die russische „Nowoje Wremja“, wie wir bereits mitgetheilt haben, die Bildung einer russischen Partei unter den polnischen Einwohnern von Kongreß-Polen als Bedingung dieser Einigung hinstellte und zugleich die gegenwärtigen Reorganisationen in Russisch-Polen im Sinne dieser friedlichen Einigung zu beleuchten suchte, geht die Ansicht der „Piet. Wied.“ dahin, daß die russische Regierung in Polen alle Gewalt- und Repressivmaßregeln fallen lassen und daß demzufolge aller gegenseitiger Haß und jeder Verdacht beiderseits schwinden solle. Rußland als der stärkere Theil müsse dazu die Hand bieten. Zwischen beiden stammverwandten Nationen, die in Zukunft Hand in Hand gehen müßten, hätten bis jetzt Mißverständnisse geherrscht: aber Rußland habe alle Repressivmaßregeln in Polen nicht aus Haß oder Rachsucht unternommen, sondern nur um Ereignissen vorzubeugen, wie der letzte polnische Aufstand war. Das Alles solle nun vergessen werden, die polnische Gesellschaft aber und namentlich die jüngere Generation werde die ihr dargebotene Hand nicht von sich weisen, wenn Niemand mehr ihrer Sprache und Religion nachstellen, sondern nur das Verlangen erhoben würde: „sich der kindlichen Pflicht gegen die ganze (slavische) Familie zu erinnern.“

So ephemerer Natur nun auch die Artikel der beiden genannten Organe sind, welche nicht einmal in der übrigen beachtenswerthen russischen Tagespresse, selbst nicht in dem panslavistischen „Ruski Mir" (Russische Welt) ein Echo gefunden haben, so sind sie doch von der polnischen Presse begierig aufgegriffen und zu einem großen Ereigniß aufgebauscht worden. Zu den bewußten Artikeln der russischen Blätter hat nach der prager „Politik" vor Allem die Eventualität eines Krieges zwischen Oesterreich und Rußland in Folge der Orientfrage Anlaß gegeben, woraus leicht zu ersehen ist, daß das Ganze nur ein plumpes Manöver einiger Panslavisten ist, um die Polen für diese „Eventualität" zu ködern und auf die Seite des Panslavismus zu ziehen. Aber weder dieser Umstand noch auch die bekannte Thatsache, daß die „Neue Zeit" und die „Petersb. Nachr." grade jenen Theil der russischen Presse repräsentiren, welcher die russischen Truppen am Liebsten schon am goldenen Horne sehen und die deutschen Beamten und Offiziere aus Rußland verjagen möchte, noch auch das Schweigen der verständigeren russischen Organe hält unsere polnischen Blätter davon ab, die Stimmen einiger russischen Publizisten für die Meinung Rußlands auszugeben und daran Kombinationen, ja sogar Forderungen zu knüpfen. In diesem Sinne hat sich zuerst der hiesige nationalliberale „Dziennik Poznanski" vernehmen lassen, um zugleich eine kleine Demonstration gegen das Deutschthum in's Werk zu setzen. Dies Blatt, welches die Rede des Abgeordneten v. Lubienski vom 12. März, in welcher er den Deutschen rieth, den Antagonismus zwischen der slavischen Welt aufrecht zu erhalten und eine Einigung zwischen Polen und Rußland zu verhindern, überaus billigte, dies nämliche Blatt erklärt sich jetzt nach Verlauf von kaum 1¼ Monaten für die slavisch-russische Idee und meint, daß sich Rußland durch den Ruin Polens eines sehr nützlichen Bundesgenossen für kommende Eventualitäten beraube. Mit entgegenkommender Miene hört der „Dziennik" versöhnliche Worte der russischen Blätter, was ihn allerdings nicht hindert, alle russischen Vorschläge abzuweisen und zu verlangen, daß Rußland mit der polnischen Partei paktire. Wenn Rußland Alles gewährt, was die Polen verlangen, würden sie zum Danke die zweifelhafte Freundschaft der Polen erhalten. Aehnlich denkt der lemberger „Dziennik Polski", der ein „freies Polen" neben einem „freien Rußland" verlangt, um vereint gegen das Preußenthum zu kämpfen. Sehr verlockend für russische Diplomaten!

Während in dieser Weise die polnische liberale Presse dem Panslavismus huldigt und ihm mit überschlauen Reden für die Herstellung Polens auszubeuten sucht, verhält sich die polnische ultramontane Presse den Lockrufen von der Newa gegenüber sehr ablehnend, ja geradezu feindlich. Der krakauer „Czas" erklärt, daß zu einer „Annäherung" oder „wenigstens zu irgend einem modus vivendi" Zeitungsartikel nicht ausreichen, daß es hierzu Grundlagen bedürfe. So lange dergleichen nicht vorliegen, meint der „Czas", werden die Polen im Fall eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland neutral bleiben, da sie von beiden Reichen auf gleiche Weise behandelt werden.

In noch schärferer Weise erklärt sich der „Kuryer Poznanski", der bekanntlich in Rußland den Todfeind der katholischen Kirche sieht, gegen die Vorschläge zur Annäherung. Das Blatt schreibt:

Es kann sein, daß der Augenblick kommen wird, wo die Feinde Polens zugleich auch die Feinde Rußlands sein werden — aber deshalb wird Rußland noch nicht aufhören unser Feind zu sein; es kann sein, daß die Barbareien Rußlands, die Gewaltthaten die von ihm begangen werden, uns nicht so viel schaden wie die systematische, langsame Bemühung Alles auszurotten, was polnisch ist, die anderswo betrieben wird — aber deswegen hören die Gewaltthaten Rußlands noch immer nicht auf Gewaltthaten zu sein.. Das Blut der Uniten, dies Blut Abels, das zum Himmel um Rache schreit, die heiligen unitischen Zerkwien, die zu orthodoxen Tempeln des Zaaren umgewandelt sind, die Schaaren unserer Brüder, die in Bergwerken und in ganz Sibirien seufzen, die polnischen Priester, die sich in schrecklichem Elend befinden, die verwaisten bischöflichen Stühle — gestattet uns dies Alles auch nur daran zu denken uns Rußland zu nähern. Der Russe vergießt Blut und würgt, er träufelt Gift in die Brust unserer Brüder und sein letztes Geschenk wird höchstens der Nihilismus sein, vor dem uns Gott behüten mag, ebenso wie vor den Judasküssen der petersburger Zeitungsschreiber, selbst wenn sie durch heuchlerische Toaste zu Ehren des heil. Vaters bekräftigt wären.

Direkt gegen die panslavistischen Tendenzen des hiesigen „Dziennik" und der polnischen Liberalen wendet sich die hier erscheinende „Warta", welche bekanntlich nächst dem „Kuryer" der Leitstern unserer Ultramontanen ist. In einem sehr geschickten Artikel, der überschrieben ist „Russen in Posen" wirft sie „unserem abgelebten konfessionslos-nationalen Alterchen" (d. i. dem „Dziennik") vor, daß er seine Ansichten fast in einem Athemzuge wechsle. Vor einigen Wochen noch habe er sich mit dem Abg. v. Lubienski gegen eine Einigung mit Rußland erklärt, während er sich heute den Panslavisten in die Arme werfe. Es sei dies zwar, meint die „Warta", eine Kinderei des abgelebten „Dziennik", der an der Schwindsucht leide und die gar nicht einmal erwähnt zu werden verdiene: jedoch habe dies Verfahren des „national-panslavistischen Alterchens" die Folge, daß sich seine Leser fragten, „ob mit den Deutschen gegen den Russen, oder mit den Russen gegen den Deutschen?" Die „Warta" findet in der Ansicht des „Dziennik", daß man bei „Eventualitäten" auf die slavische Seite treten solle, etwas „Erniedrigendes". Der beklagenswerthe letzte Aufstand, der von der Dziennik-Partei hervorgerufen wurde, sei ein blutiger Protest gegen die „unifizirenden Absichten" Rußlands und des Grafen Wielkopolski gewesen, — heute aber, nach 13 Jahren, verunehrten die Erben des Aufstandes das Andenken der Gefallenen und „lecken dem Batiuschka (d. i. dem Zaaren) im Namen des „slavischen Interesses" die Füße."

Wenn der „Dziennik Poznanski" überhaupt irgend welche Grundsätze hätte, fährt die „Warta" fort, wenn wirklich irgend eine von seinen politischen Aeußerungen Sinn hätte und sich logisch an ihren Nachbar anschlösse, so würden wir ihn (den „Dziennik") ernstlich fassen und sagen: der Herr unterschreibt die sechste Theilung Polens; der Herr verkauft ungebeten ohne Bajonette, ohne Grenzkordons die „Unabhängigkeit" eines Landestheils, also marsch mit ihm . . .; indeß ist seine Ansicht nur eine Harlekinade.

Die „Warta" faßt dann die Angelegenheit von ihrem Standpunkt auf und äußert sich folgendermaßen:

Das zukünftige Polen (!) wird einst nur als Scheidewand zwischen dem Osten und Westen dastehen und wie früher das Gleichgewicht Europas aufrecht erhalten. Die Interessen Polens und Rußlands sind vollständig verschieden und können niemals „gemeinsam" sein. . . . Die Düna, der Dniepr und der Don (?) trennen zwei Völker, das litthauische und das polnische von dem Chaos der turanisch-slavischen Völker — und sie sind historisch topographisch und ethnographisch hundertmal mehr eine Scheidewand, als alle chinesischen Mauern und Demarkationslinien. Das einfachste Mittel der Einigung ist daher Folgendes: Mögen die Russen hinter den Don, den Dniepr und die Düna zurückgehen, und wir werden ihnen die Hand reichen — aber nur in der Weise wie zur Zeit Stefan Batorys: zum — Küssen!

Wie man sieht, fehlt es weder den polnischen Ultramontanen noch den polnischen Chauvinisten an Zuversicht. Aber während die Ersteren wenigstens für ihre Politik eine gewisse Richtschnur haben, fallen die polnischen Chauvinisten beständig aus einem Extrem in's andere. Während sie heute ihre Hoffnung auf Rußland setzen, sind sie bereit, sich morgen dem Schah von Persien oder der Negerrepublik auf Haiti in die Arme zu werfen, falls sie daselbst nur irgend einen Schimmer ihrer Phantome zu entdecken glauben. Aehnlich verhält es sich mit der jetzt so pomphaft angekündigten Annäherung an Rußland, welches letztere der „Dziennik Polski" noch vor einer Woche als tartarisch-mongolischen Feind der europäischen Zivilisation verschrieen hat. Dem plumpen Manöver einiger russischer Publizisten ist von Seiten der liberalen polnischen Presse ein womöglich noch plumperes entgegengestellt worden, einmal das alte, vom „Kuryer" schon längst als unwirksam verlachte Kunststückchen „den Deutschen Schreck einzujagen" und zweitens von „Polen" wieder einmal reden zu machen. Beide Pläne sind den polnischen Chauvinisten ganz und gar nicht gelungen.

Deutschland.

△ **Berlin,** 25. April. Dem Bundesrath ist der Entwurf einer für Elsaß-Lothringen auf Grund des Gesetzes über die Einführung der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen zu erlassenden Verordnung zur Beschlußfassung vorgelegt worden, durch welche das Gesetz, betreffend die Bezirksvertretungen, die Kreisvertretungen und die Wahlen zu den Gemeinderäthen abgeändert werden soll. Es handelt sich dabei um Beseitigung der Bestimmung, wonach für Elsaß-Lothringer, welche sich für die französische Nationalität erklärt haben, aber nicht ausgewandert sind, die Berechtigung zum Wählen und zur Wählbarkeit so lange ruht, als sie jene Erklärung vor der zuständigen Behörde nicht ausdrücklich zurückgenommen haben. Diese Bestimmung war, wie in den Motiven hervorgehoben wird, hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß die Aufstellung zuverlässiger Wahllisten für die damals neu vorzunehmenden Wahlen nur dadurch gesichert werden konnte, daß die sogenannten Optanten, von denen damals noch ungewiß war, ob sie ihren Wohnsitz rechtzeitig und wirksam verlegt hatten, als ausgeschlossen angesehen würden, sofern sie nicht selbst die Optionserklärung zurückgenommen und damit ihr Wahlrecht reklamirt hatten. Die thatsächliche Lage ist inzwischen insoweit verändert, als eine solche Ungewißheit nur noch in ganz vereinzelten Fällen bestehen kann. Entweder hat die Verlegung des Wohnsitzes stattgefunden oder über die Giltigkeit der Option ist von der zuständigen Behörde endgiltig Entscheidung getroffen. Die fernere Ausschließung würde den Charakter einer Strafe dafür erhalten, daß die Optanten die Optionserklärung, zu welcher sie befugt waren, abgegeben, demnächst aber ihre Absicht geändert und ihren Wohnsitz in Elsaß-Lothringen behalten haben. Der Wunsch, daß die Beschränkung, von welcher nach ungefährer Schätzung etwa 30,000 Personen betroffen werden, beseitigt werden möge, ist daher im Lande zum Ausdruck gebracht und insbesondere auch von Mitgliedern des Landesausschusses neuerdings im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen für die Bezirksvertretungen und die Gemeinderäthe lebhaft befürwortet worden.

Σ **Berlin,** 25. April. Die Entlassung Delbrücks ist Thatsache. Die Schwiegermutter des seit Jahresfrist vermählten Ministers habe es verlangt, so erzählen die dem Reichskanzler nahestehenden Kreise. Diese Schwiegermutter hat natürlich nichts gemein mit den agrarischen, schutzzöllnerischen, konservativen, Wagenerischen Bestrebungen, welche seit der Rückkehr des Fürsten Bismarck aus Varzin die Umkehr der Wirthschaftspolitik, sowie die Entlassung von Delbrück und Camphausen verlangt haben. Das Reichseisenbahnprojekt ist bekanntlich nicht, wie fast alle anderen wirthschaftlichen Reformpläne des Reichskanzlers aus der Initiative Delbrücks hervorgegangen. Man erinnert sich auch nicht eines Wortes, woraus man hätte schließen können, daß er für dieses Projekt das geringste Wohlwollen empfunden hätte. Wie lange wird Camphausen noch bleiben, wer wird Delbrücks Nachfolger werden, diese beiden Fragen wurden heute im Abgeordnetenhause lebhaft besprochen. Daß Delbrück als kenntnißreicher Geschäftsleiter für den Fürsten Bismarck überhaupt nicht zu ersetzen ist, wird allseitig zugegeben. Die Zustände in der obersten Reichsverwaltung gestalten sich nunmehr noch unhaltbarer als sie bisher schon waren. Die erste Eigenschaft, nach welcher der Nachfolger ausgewählt wird, ist die absolute Gefügigkeit und Ergebenheit in den Willen des Reichskanzlers. Welchem Ministerialdirektor nun gerade diese Eigenschaft in Verbindung mit Fleiß, Ordnungsliebe und Arbeitsamkeit zuerkannt wird, ist am Ende eine wenig erhebliche Frage. Man nennt Herzog — eine parlamentarisch etwas zu eckige Figur, daneben Delbrücks nächsten Untergebenen, Eck, der schon bessere Formen hat. Der Oberpräsident Graf zu Eulenburg in Hannover wird genannt, von Seiten der Nationalliberalen aber als zu ausgeprägt konservativ bezeichnet. Daß Camphausen in Delbrück die nächste und kräftigste Stütze seiner ganzen Politik verliert, unterliegt keinem Zweifel. Die Stellung eines preuß. Finanzministers zum Leiter der Reichsfinanzen ist eine so schwierige, daß nur enge persönliche Freundschaft, wie sie Delbrück und Camphausen verband, darüber wegzukommen vermochte. Scheidet Camphausen aus dem Ministerium, so würde das Wagener'sche Programm, was die Personen anbelangt, bis zu den Wahlen schon erfüllt sein. — In der Reichseisenbahnfrage wird Bismarck sich morgen an der Debatte betheiligen. Die Opposition wird von der Fortschrittspartei eingeleitet werden. Richter (Hagen), Berger, Hänel, Virchow werden sprechen, von den Klerikalen Windthorst, Schorlemer und Reichensperger. Die Fortschrittspartei stimmte gestern Abend ab; es sind nach wie vor nur Löwe und (bedingt) Duncker für die Vorlage. Bei den Freikonservativen ergab eine Abstimmung unerwarteter Weise 7 Gegner der Vorlage, darunter Nasse und Stengel aus volkswirthschaftlichen Gründen. Von den Nationalliberalen dürften etwa 10 gegen die Vorlage stimmen. Die Mehrheit für dieselbe wird also nur unerheblich sein. *) — Bennigsen konferirte gestern Abend mit Bismarck. — Aus nationalliberalen Kreisen wird gemeldet, daß die im Dezember eingeleiteten Versuche zur Bildung einer großen konservativen Leibfraktion für den Reichskanzler neuerdings wieder eine Fortsetzung erfahren haben. In den Motiven zu dem Gesetzentwurf über die Verlegung des Etatsjahrs wird darauf hingewiesen, daß mit dem neuen Etatsjahr — von April zu April — auch das Veranlagungsjahr für die direkten Staatssteuern in Uebereinstimmung zu bringen sei. Dadurch würden, heißt es in den Motiven weiter, voraussichtlich die Stadtkommunen und nicht minder auch die übrigen kommunalen Verbände im Lande, welche vielfach ihre Steuern in der Form von Zuschlägen zu den Staatssteuern erheben, genöthigt sein, auch ihrerseits das veränderte Etatsjahr anzunehmen. Daß ferner die Privateisenbahnen möglichst bald ihr Verwaltungsjahr mit dem Etatsjahr in Uebereinstimmung setzen, welches für die Staatsbahnen gilt, könne nur lebhaft gewünscht werden. Wie man hieraus ersieht, wird die Verlegung des Etatsjahrs von der allereingreifendsten Bedeutung für zeit-

*) Die „Nat. Ztg." schreibt unterm 25. d.: „Die gestern Abend stattgehabte Fraktionsversammlung der nationalliberalen Abgeordneten zum Zwecke der Beschlußfassung über die der Eisenbahnvorlage gegenüber einzunehmende Haltung hat sich mit überwiegender Majorität für den Gesetzentwurf entschieden. In erster Linie war dafür die Erwägung maßgebend, daß Preußen durch sein Verhältniß als Bundesstaat dem Reiche gegenüber verpflichtet sei, mit diesem wichtigen Schritte entgegenzukommen, um dem Reiche die Gewinnung einer entsprechenden Grundlage für die wirkungsvolle Ausübung des gesetzlichen Aufsichtsrechts zu ermöglichen und ihm den in dem Besitze der preußischen Bahnen und Rechte liegenden Einfluß auf die anderen deutschen Eisenbahnen zu übertragen. Auf die wirthschaftlichen Fragen ist man bei der gestrigen Verhandlung nicht näher eingegangen."

Polnisches Theater.

Schiller ist bekanntlich der deutsche Lieblingsdichter der Polen; fast seine sämmtlichen Dramen sind ins Polnische übersetzt und von verschiedenen polnischen Bühnen mit großem Erfolg aufgeführt worden, während die Werke anderer deutscher Klassiker sich unter den Polen einer minderen Beliebtheit erfreuen. So oft die hiesige Theaterdirektion ein Schiller'sches Stück zur Aufführung bringt, ist sie stets eines vollen Hauses sicher, welches mit großem Verständniß die Meisterwerke unseres großen Landsmanns aufnimmt. Dies zeigte sich namentlich bei der gestrigen Aufführung von „Kabale und Liebe" (Intryga i Miłość), welche für das polnische Publikum deswegen noch einen größeren Reiz erhielt, als in ihr drei Gäste, Herr Ładnowski und Frau Ładnowska vom Stadttheater zu Lemberg, sowie die sich gegenwärtig hier aufhaltende Frau Siedlecka auftraten. Herr Ładnowski errang sich in der Rolle des Ferdinand Walther die stürmischesten Beifallsbezeugungen des Publikums; sein Spiel zeugte von einer vollendeten Auffassung der Rolle und war von Feuer, edler Leidenschaft und Seelenadel getragen. Namentlich in der Szene der Gefangennehmung Millers erzielte der Künstler durch die Art und Weise wie er dem Präsidenten Walter gegenübertrat eine überraschende Wirkung. Nicht ganz so glücklich war Frau Ładnowska als Louise Miller. In dieser dankbaren Rolle beging Frau Ładnowska den Fehler, daß sie hin und wieder in einen weinerlichen Ton verfiel, während eine durch das Uebermaß des Schmerzes hervorgerufene gemäßigte Haltung besser am Platze gewesen wäre. Der Künstlerin, die unleugbare Fähigkeiten besitzt, dürfte es anempfohlen sein, sich nicht in künstlichen Verrenkungen des Körpers, namentlich im beständigen Heraufziehen der Schultern zu gefallen, wodurch das Spiel nicht im Mindesten unterstützt, sondern im Gegentheil der ästhetische Eindruck beeinträchtigt wird. Frau Siedlecka gab ihre Rolle als Lady Milford mit einigem Glück, indeß hätten wir ihrem Spiel mehr Leidenschaft, zuweilen mehr Stolz und Hoheit gewünscht. Herr Łuchan als Präsident Walter und Herr Nawarski als Musikant Miller spielten wie gewöhnlich mit gutem Erfolge. Weniger konnte unsern Beifall Herr Siedlecki als Sekretär Wurm und Frau Nawarska als Frau Miller finden. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die polnische Theatergesellschaft mit dem 2. Mai unsere Stadt verläßt und nach Kalisch in Russisch-Polen übersiedelt, um daselbst einen Cyklus von Vorstellungen zu eröffnen. H.

Mewe, i. Wpr., 23. April. [Gräberfund.] Von den im Laufe des vergangenen Winters in der Nähe der Broddener Mühle aufgefundenen heidnischen Kistengräbern sind jetzt im Beisein der Herren Glaubitz und Dr. Beil-Danzig zwei aufgedeckt worden. Im ersten derselben wurden 12 Urnen vorgefunden, die sämmtlich im Sande standen, welcher den ganzen Steinkeller ausfüllte und die Urnen nicht nur umgab, sondern dieselben auch bedeckte. Der Gewitterregen am Mittwoch störte, nachdem einige Urnen herausgenommen worden waren, die völlige Entleerung dieses Grabes; denn der Sand war vollständig durchnäßt und die in demselben befindlichen, durch die Nässe erweichten Urnen durften nicht herausgenommen werden, wenn man sie vor dem Zerfallen schützen wollte. — Am nächsten Tage wurde nun ein anderes Grab, welches oben durch eine große Granitplatte verschlossen war, nach Beseitigung derselben entleert. Auch diese Steinkiste war fast ganz mit Sand angefüllt, und mußte derselbe, da er ebenfalls nicht ganz trocken war, mit großer Vorsicht beseitigt werden. Das Grab war etwa 90 Cm. lang, am Südende 55 Cm. und am Nordende 60 Cm. breit und ca. 76 Cm. tief. Der Inhalt, aus 6 Urnen verschiedener Größe bestehend, war höchst interessant, denn es befand sich unter diesen eine sehr schöne Gesichtsurne. Diese äußerst seltenen Urnen sind insofern merkwürdig, als sie am oberen Rande mit der Nachbildung eines menschlichen Gesichts, mit hervorstehender Nase, angedeuteten Augen und Ohren versehen sind. In den Ohren der gefundenen Gesichtsurne saßen Bronze-Ringe mit je 4 blauen Glasperlen, und in jedem Ringe hing ein Kettenring von feinem Bronzedraht. Einer anderen Urne dieses Grabes fehlte das Gesicht, die Ohren aber waren vorhanden und beide mit einem ähnlichen Perlen- und Kettenschmucke versehen. Der Alterthumsforscher Dr. Behrendt nennt diese Aschenkrüge einen Uebergang zu den Gesichtsurnen. Fast sämmtliche Urnen waren mit eingeritzten, mit Kalk ausgefüllten Liniarzeichnungen versehen, welche theils vielfach parallel, theils in verschiedenen Verschlingungen guirlandenartig um dieselben gezogen und mit Punktirungen versehen sind. Unter dem Inhalte einer kleinen Urne fand sich ein Bronzering. — Da Herr Glaubitz Mitglied der „Naturforschenden Gesellschaft" in Danzig ist, wird derselbe diesen wichtigen Fund für die Sammlungen dieser Gesellschaft nach Danzig mitnehmen. Die übrigen hier noch vorhandenen drei Gräber werden später im Laufe des Sommers entleert werden.

* **Dr. Nachtigal.** Wie in pariser Privatmittheilungen berichtet wird, hat das in Frankreich nun mal auch in den gebildeten Kreisen, wie es scheint, nicht auszurottende Uebelwollen gegen Alles, was mit Preußen zusammenhängt, auch bei der Verleihung der goldenen Medaille an Dr. Nachtigal Seitens der pariser geographischen Gesellschaft eine Rolle gespielt und zwar, als es sich vor längerer Zeit darum handelte, diese Verleihung zum Beschluß zu erheben. Nachtigals Freunde im Vorstande der Gesellschaft glaubten daher auch befürchten zu müssen, daß unser Landsmann merklich kühl empfangen werden würde, und der Vorsitzende, Admiral La Roncière le Noury sah mit Bangen dem entgegen, was Nachtigal wohl sagen oder nicht sagen würde. Da ist es denn um so bemerkenswerther, daß Nachtigals geschickte Antwort so glänzend durchschlug, daß selbst die preußenfeindlichsten Personen sich rückhaltslos wiederholten Applaudissements überließen. „Das sind die Gefühle eines wahren, eines großen Reisenden", ruft das „Journal de Paris" begeistert aus, die „France" begleitet ihre Zustimmung mit der selbstzufriedenen Versicherung, daß Nachtigal elegant französisch spreche, und die „Liberté" vergißt dabei, wie sie hervorhebt, daß Deutschland und Frankreich auf andern als wissenschaftlichen Gebieten durch „rancunes" getrennt sind. Die Medaille hat übrigens auch einen bedeutenden reellen Werth; bei einem Durchmesser von fast 70 Millimetern beträgt ihr Goldwerth beinahe 1000 Franks oder 800 Mark. Auf der einen Seite enthält sie das Reliefbild der Minerva, auf der andern die Widmung an Dr. Nachtigal.

* **Wie die Polka entstanden ist.** In der Nähe von Prag wurde dieser Tage der ehemalige Lehrer Neruda sammt seiner Gattin ermordet. Neruda galt für den Erfinder der Polka, er war es jedoch nur zur Hälfte, denn in Wahrheit wurde sie von einem Dienstmädchen in Elbeteinitz vor etwa vierzig Jahren zuerst getanzt. Sie hüpfte in der Küche herum und summte sich den Takt vor. Neruda, damals Lehrer in Elbeteinitz, sah dem Mädchen, von Letzterer unbemerkt, zu und notirte die Melodie und die Tanzakte, deren Rhythmus ihm gefiel. Der neue Tanz wurde zuerst vom Tanzlehrer Raab im Theater zu Prag 1838 öffentlich aufgeführt, zwei Jahre später in Wien, ein Jahr darauf im Odeontheater in Paris und seitdem ist er der beliebteste Salontanz in aller Welt geworden. Seinen Namen, den ihm Neruda gab, leitet er von „pu ka" (die Hälfte) ab, weil der Halbschritt in ihm vorwaltet. Eine Abart desselben, der „Strazak", entstand gleichfalls in Böhmen und wurde als „Polka tremblante" salonfähig.

iche Vertheilung der Geschäfte bei allen Behörden werden. — Die Städteordnungskommission hat im Anschluß daran bereits die Bestimmung gestrichen, welche das kommunale Etatsjahr an das Kalenderjahr knüpfte. Die sechs berliner Mitglieder dieser Kommission haben in 7 Sitzungen während der Ferien der Kommission allerdings derart vorgearbeitet, daß der Abschluß der gesammten Kommissionsberathungen etwa für Ende künftiger Woche erwartet werden kann. Wenn man auf einen schriftlichen Bericht verzichtet, könnte also schon die Städteordnung drei Wochen vor Pfingsten an das Herrenhaus gelangen. Freilich herrscht nicht einmal in der Subkommission Einstimmigkeit über die gemachten Vorschläge. So hat letztere mit drei gegen zwei Stimmen (ein dissentirendes Mitglied fehlte) einen Vorschlag gemacht, welcher zwar hannoverschen Anschauungen entspricht, das Zustandekommen des Gesetzes aber erheblich erschwert und bei allen Stadtverordneten in den östlichen Provinzen der entschiedensten Opposition begegnen dürfte. Auch unter der Magistratsverfassung haben sich bekanntlich gemeinschaftliche Sitzungen beider städtischen Kollegien längst eingebürgert. Nun soll es dem Magistrat gestattet werden, solche Sitzungen jederzeit derart zu verlangen, daß der Oberbürgermeister dabei an Stelle des Stadtverordnetenvorstehers den Vorsitz übernimmt. Beide Kollegien sollen alsdann nicht in Eines verschmolzen und also die Stimmen von Magistratspersonen und Stadtverordneten durchgezählt werden, vielmehr behält der Magistrat wie bisher sein Veto, stimmt unter sich ab, kann sich auch der Abstimmung angesichts der Stadtverordneten entziehen. Ein solches System würde den östlichen Provinzen die Nachtheile der Bürgermeisterverfassung (Fortfall des Stadtverordnetenvorstehers) ohne seine Vortheile (Fortfall des Vetos gegen Stadtverordnetenbeschlüsse) bringen. Sollte es wirklich zur Einführung gelangen, so würde für die Stadtverordneten nichts übrig bleiben, als systematisch von der ihnen vorbehaltenen Freiheit Gebrauch zu machen und jedesmal die Verhandlungen abzubrechen, wenn der Bürgermeister den Stadtverordnetenvorsteher auffordert, ihm seinen Platz einzuräumen.

□ **Berlin**, 25. April. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses gestaltete sich durch Hineinziehen eines kleinen Kulturkampfes zu einer sehr animirten. Hinsichtlich des Antrages des Abg. Knebel betr. die Bewilligung von Staatszuschüssen zu den ländlichen Fortbildungsschulen wurde der Antrag der Agrarkommission angenommen: den Antrag der Regierung zur Erwägung dahin zu überweisen, staatliche Beihilfen für diese Schulen in allen Provinzen eintreten zu lassen. Die Petition um Bewilligung eines staatlichen Beitrags von 30.000 M. zur Vollendung der Vorarbeiten für den Elbe-Spree-Kanal wurde nach dem Antrage der Kommission der Regierung als Material zur Prüfung des Projekts überwiesen. Während bis dahin die Berathungen einen ruhigen und sachlicher Charakter bewahrt hatten, erhielt die Diskussion einen ganz anderen Charakter als die zahlreichen Petitionen katholischer Kirchenvorstände, darunter auch eine aus Ostrowo, berathen wurden, welche eine authentische Interpretation des § 58 des Diözesanverwaltungsgeses verlangen. Es handelt sich in den Petitionen besonders darum, daß die kgl. Kommissarien an die Kirchenvorstände amtliche Instruktionen erlassen haben — ein Verfahren, welches nach Ansicht der Petenten den Intentionen des Gesetzes widerspreche. Der Abg. Kallenbach trat der Ansicht der Petenten aus juristischen Gründen bei, während der Abg. Windthorst (Bielefeld) gar keinen Zweifel darüber hatte, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen den Kommissarien diese Befugniß zustehe. Abg. Windthorst (Meppen) vertheidigte den Standpunkt der Petenten in äußerst leidenschaftlicher Weise. Er warf dem Kultusministerium vor, daß es die Gesetze durch halsbrechende Interpretationen verunstalte und der Ausführung dadurch eine besondere Härte beimische, daß sie jungen, unerfahrenen, rücksichtslosen Beamten anvertraut werde. Auch beschwerte er sich darüber, daß man ihm öfters das Wort durch Schluß der Diskussion entzogen habe. Nachdem vom Ministertische aus den obigen Behauptungen energisch entgegengetreten, auch seine übrigen Ausstellungen von anderer Seite widerlegt worden waren, wurde die Diskussion geschlossen und die Petitionen dem Antrage der Kommission gemäß durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Das Haus vertagte sich sodann auf morgen, um dann die Berathung der Reichseisenbahnvorlage zu beginnen.

— Der Kaiser von Rußland wird, wie nunmehr definitiv bestimmt sein soll, am 11. Mai, Nachmittags gegen 1 Uhr, hier eintreffen und im k. russischen Botschafts-Palais absteigen. In seiner Begleitung wird sich voraussichtlich auch der Reichskanzler Fürst Gortschakow befinden. Soweit bis jetzt als bestimmt verlautet, beabsichtigt Kaiser Alexander am 13. Mai Abends seine Reise nach Ems fortzusetzen.

— Wie der „Augsb. Allg. Z." aus Wien gemeldet wird, will der König von Hannover seinen dauernden Aufenthalt in Frankreich nehmen.

— Die bereits erwähnten Ergebnisse der über die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken auf Beschluß des Bundesraths angestellten Erhebungen sind als eine Vorbereitung zur Aenderung der durch die Gewerbeordnung geregelten Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter, sowie zu einer allgemeinen reichsgesetzlichen Regelung der Frauenbeschäftigung in den Fabriken aufzufassen. Für die letzteren werden, wie die „Voss. Ztg." erfährt, außerdem seitens der preußischen Staatsregierung angestellte und dem Bundesrathe bereits mitgetheilte spezielle Ermittelungen als Grundlage dienen. Diese Ermittelungen erstrecken sich auf die Fragen: 1) ob bei der Beschäftigung von Frauen in Fabriken sich Mißstände ergeben haben, welche eine Abhilfe durch Gesetz erforderlich machen; 2) welche Bestimmungen sich als wünschenswerth herausgestellt haben, namentlich ob allgemeine Vorschriften über die zulässige tägliche Arbeitszeit im Bedürfniß liegen; endlich 3) ob dem Erlasse solcher Vorschriften mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Industrie und die wirthschaftliche Lage des Arbeiterstandes Bedenken entgegenstehen.

— Im Oktober v. J. verunglückte in der Nordsee auf der Fahrt von Dordrecht nach Riga der stralsunder Schooner „Der Frühling". Dem Sinken nahe, rief das Schiff einen in Sicht kommenden englischen Fischerkutter „Contrast" an. Trotz des herrschenden Unwetters nahm der Führer des „Contrast" ohne Verzug seinen Kurs auf das bedrohte Schiff zu, schickte den Schiffbrüchigen mit einigen seiner Leute eines seiner Boote zu Hülfe, und brachte sie, acht an der Zahl, glücklich an Bord seines Fahrzeuges. Unter Abstandnahme von seinem seewärts gerichteten Kurse führte er die Geretteten in zweitägiger Fahrt nach Hull, wo der deutsche Konsul weiter für sie sorgte. Es kann die Art und Weise, wie das englische Schiff mit raschem Entschlusse und mit Hintansetzung eigener Interessen dem deutschen Fahrzeuge die ersehnte Hülfe brachte, nur mit Befriedigung erkannt werden. Dem Führer des „Contrast" ist, wie der „R.-Anz." meldet, von Reichswegen eine goldene Taschenuhr verliehen, während den bei der Ausführung des Rettungswerks betheiligten Leuten des „Contrast" entsprechende Geldgeschenke bewilligt worden sind.

— Die Frist, binnen welcher diejenigen Offiziere ihre Ansprüche geltend machen müssen, welche auf Grund ihrer, durch den letzten Feldzug verursachten Invalidität, der mit Bezug hierauf gewährten Benefizien theilhaftig werden wollen, läuft am 1. Mai ab. Dieselben bestehen außer der zu verleihenden Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst in einer nicht unbeträchtlichen Erhöhung der gesetzlichen Pension. Wie die außergewöhnlich große Anzahl von Abschiedsbewilligungen beweist, welche in letzter Zeit durch das „Militärwochenblatt" bekannt gemacht wurden, hat eine sehr beträchtliche Anzahl jüngerer Offiziere von der ihnen zur Seite stehenden Berechtigung Gebrauch gemacht. In der That sind gegenwärtig so viele Militäranwärter aus dem Offizierstande vorhanden, daß bei allen Fächern des Zivildienstes, welche für verabschiedete Offiziere zugänglich sind, das Bedürfniß auf lange Zeit hinaus gedeckt ist.

— Die „Germ." bezieht bereits ihre „Verantwortlichen" von auswärts. Wie man dem „Br. Kreisbl." aus Wormditt schreibt, ist vor einigen Tagen der bisherige Geschäfts-Agent Stutzkeit von dort nach Berlin abgereist, um in die von ihm übernommene Stellung als verantwortlicher Redakteur der „Germania" (Sitzredakteur) mit einem jährlichen Gehalte von 1800 M. einzutreten. Das betreffende Gehalt ist ihm auch während der etwagen Sitzperioden garantirt.

Königsberg, 24. April. Gegen die seitens des Oberpräsidenten den Altkatholiken zugesprochene Mitbenutzung der katholischen Kirche hatte der Propst Dinder bekanntlich Rekurs an den Kultusminister ergriffen, worauf dieser die Verfügung des Oberpräsidenten vorläufig suspendirte. Jetzt ist die definitive Entscheidung des Ministers an Pfarrer Grunert ergangen, welche wie folgt lautet:

„Berlin, den 22. April 1876.

Ew. Hochwürden benachrichtige ich, daß ich durch Verfügung vom heutigen Tage die von dem Propst Dinder und Genossen eingelegte Berufung gegen die Entscheidung des Herrn Oberpräsidenten, betr. den der dortigen altkatholischen Gemeinschaft einzuräumenden Mitgebrauch der katholischen Kirche, zurückgewiesen habe, daß mithin der Ausführung jener Entscheidung ein Hinderniß nicht mehr entgegensteht. (gez.) Falk.

An
der Pfarrer Herrn Grunert
Hochehrwürden
Königsberg i. Pr."

Bekanntlich hieß es unlängst, daß der von Köln nach hier versetzte Polizeikommissar Klose sein Amt nicht antreten wolle. Wie die „Ostpr. Ztg." meldet, ist derselbe gestern hier in sein Amt eingeführt worden.

Breslau, 24. April. Wie in der „Kr.-Ztg." verlautet, hat nicht nur der Regierungs-Präsident Graf v. Poninski aus „Gesundheitsrücksichten" seinen Abschied erbeten, sondern auch der Ober-Regierungsrath v. Willich, Abtheilungsdirigent für das Kirchen- und Schulenwesen.

Köln 23. April. Der deutsche Verein hielt heute seine Generalversammlung ab. Professor von Sybel, der als Ehrenpräsident es sich nicht hatte nehmen lassen wollen, zu diesem Zwecke von Berlin aus hierher zu kommen, hielt eine Rede, in welcher er namentlich auf die bevorstehenden Wahlen hinwies. Er meinte u. A.: „Das Wesentlichste bei der Wahlagitation ist festes Zusammenhalten aller Parteien, welche nicht klerikal sind, und so haben wir z. B. auch keinen Grund, der Wiederwahl des Ministers Achenbach im Siegen'schen in den Weg zu treten, welches meines Erachtens der einzige Wahlkreis der freikonservativen Partei im Rheinlande ist. Die beiden großen Parteien müssen immer zusammenhalten. Unser Prinzip soll sein: Unter keinen Umständen die Flinte in's Korn werfen, unter allen Umständen mit thätigem Nachdruck an der Wahlbewegung Theil nehmen und mit den liberalen Genossen der anderen Schattirungen und Fraktionen fest und treu zusammenhalten." Herr Prof. Held trug den Jahresbericht vor. Die Mitgliederzahl des Vereins ist im letzten Jahre von 12,485 auf 19.144 gestiegen. Die Einnahmen des Vereins pro 1875 betrugen 33,876,06 M., die Ausgaben 33,945,06 M., und stellt sich der Reservefonds demnach auf 19,845,99 M. In den Vorstand, der im Uebrigen wiedergewählt wurde, wurde an Stelle des Herrn v. Sybel, der Ehrenpräsident ist, Prof. Karl Menzel gewählt.

Dresden, 24. April. Der „Berl. Börsen-Cour." brachte anläßlich des bevorstehenden Rücktritts des Ministers v. Friesen einen diesen verherrlichenden Artikel, worin auch gesagt war, die Dresdener hätten noch ein Gedächtniß dafür, wie der preußische Landrath v. Wurmb als Zivilkommissar im Jahre 1866 in Dresden den sächsischen Staatsminister v. Friesen wiederholt in seiner Hotelwohnung empfing, ohne sich vom Stuhle zu erheben und den Minister vor sich stehen lassend, um ihm Rede und Antwort zu geben. Mit Bezug darauf schreibt das halbamtliche „Dresd. Journ.":

Wir sind autorisirt, zu erklären, daß diese Bemerkung unbegründet ist, daß der geschäftliche Verkehr zwischen Herrn v. Wurmb und den Mitgliedern der Landeskommission vielmehr stets in der angemessensten Weise und in Formen stattgefunden hat, wie sie auch unter den schwierigsten Verhältnissen von gebildeten Männern nie aus den Augen gesetzt werden. — Wenn übrigens am Schluß dieses Artikels der angeblich bald bevorstehende Rücktritt des Herrn Finanzministers v. Friesen mit dem vielbesprochenen sog. Reichseisenbahnprojekte in Verbindung gebracht wird, so dürfte dieser Rücktritt, wenn er überhaupt, was wir dahingestellt sein lassen, bald stattfinden sollte, in dem vorgerückten Lebensalter des Herrn Finanzministers seine ausreichende Erklärung finden. Daß derselbe mit der Eisenbahnfrage durchaus in keinem Zusammenhange steht, können wir auf das Bestimmteste versichern; die erste Andeutung davon, die zu dem ganzen Gerüchte überhaupt Veranlassung gegeben, ist in einem Ministerialschreiben an die Finanzdeputation der Zweiten Kammer bereits im Oktober v. J. erfolgt, also zu einer Zeit, wo die Bedeutung, die jene Frage seitdem gewonnen hat, noch gar nicht vorherzusehen war.

Oesterreich.

Lemberg, 24. April. In der Spezialdebatte über den Landesvoranschlag klagten die Vertreter der ruthenischen Partei über die vom Landesausschusse geführte Mißwirthschaft. Die Ausführungen der ruthenischen Redner wurden von den Landesausschuß-Beisitzern Pietruski, Wereszczynski und den Berichterstatter der Finanzkommission, Zyblikiewicz, erwidert, aber nicht widerlegt. Beim Budgettitel „Landesschulrath" beantragte der ruthenische Führer Kowalski die Streichung der Post von 8000 Fl. (Gehalt für die Landesschulräthe) und begründete den Antrag mit der Nothwendigkeit der Reorganisation des galizischen Landesschulrathes, welcher sich bisher blos als eine Polonisirungsbehörde bewährt habe. Nachdem die Wortführer der Polen hierauf mit Rekriminationen und Verdächtigungen gegen die ruthenische Partei erwidert hatten, wurde der Antrag Kowalski's abgelehnt. Für die polnischen National-Theater in Krakau und Lemberg sind in vier verschiedenen Posten des Budgets 26,200 Fl. bewilligt, für ein unter Protektion der Ruthenen stehendes Theater dagegen nur 3000 Fl., und zwar für das letztere unter Bedingungen, welche den Bestand des Theaters fraglich machen. Für die krakauer Akademie der Wissenschaften sind 15,000 Fl., für die krakauer Akademie der schönen Künste 7000 Fl., für zahlreiche polnische Vereine ungefähr 20,000 Fl. bewilligt, dagegen erhielt keiner der ruthenischen Vereine und ruthenischen Unterrichtsanstalten eine Subvention. Für Unterrichtszwecke sind 396,517 Fl., für Landesstraßen 1,031,834 Fl. votirt. Ein nettes Gegenstück zu den Klagen der preußischen Polen über die deutsche „Bedrückung"! — Der Polenklub hat beschlossen, an Stelle Skwarzynski's keinen Ruthenen, sondern Smarzewski in den Land-sausschuß zu wählen und den Letzteren im Falle der Wahl zur Niederlegung des Reichsrathsmandats zu bestimmen. — Der „Gazeta Narodowa" zufolge wird Dr. Marchet, Professor an der wiener Bodenkultur-Hochschule, im Auftrage des Ackerbauministers behufs Prüfung der Mittel zur Hebung des hierländischen Landwirthschafts-Kredits demnächst eine Rundreise durch Galizien antreten.

Krakau, 24. April. In hiesigen nationalen Kreisen wird die Nachricht wiener Blätter bezüglich der Bildung einer Polenlegion für die Herzegowina entschieden dementirt.

Italien.

Aus **Rom** wird der „Germania" unter dem 21. d. Nachstehendes berichtet:

Gestern Abend feierten die deutschen Künstler in ihrem Lokale an der Fontana Trevi den Marschall Grafen Moltke. Es war dies ein Fest, von welchem, dem Willen des Marschalls zufolge, jede Etiquette verbannt war. Das Lokal war festlich geschmückt. Die Büste des Kaisers der Deutschen zierte den großen Saal. Um 8½ Uhr erschien der Marschall im Lokale. Er war vom deutschen Botschafter Herrn v. Keudell begleitet. Die Feier war eigentlich nur dem alten Herrn, der so glücklich war, so manche Schlacht durch seine klugen und umsichtigen Anordnungen zu gewinnen, gewidmet, doch fehlte es bei demselben auch an solchen nicht, die in der Politik arbeiteten, wie aus den Toasten, die ausgebracht, aus den Liedern, die gesungen wurden, ja aus drei bairischen Landwehrmännern, die bei dem Feste erschienen, genugsam hervorging. Der Marschall sprach wenig, ohne jedoch indifferent zu sein. Er hörte mit wohlgefälliger Ruhe zu, während der Botschafter ohne Unterlaß für jeden der sich ihm Nahenden eine freundliche Ansprache bereit hatte. Gegen 10 Uhr verließen Graf Moltke und Baron Keudell den Saal. Dem Vorsitzenden des Künstlervereins drückte der Marschall an der Thür, bevor er den Wagen bestieg, die Hand und sagte ihm recht freundlich: „Ich danke Ihnen für den angenehmen Abend." — Die Mitglieder des deutschen katholischen Lesevereins versammelten sich ebenfalls am gestrigen Abende und zwar zum festlichen Empfange des Herrn Majunke, Chefredakteurs der „Germania" und Mitglieds der Zentrumsfraktion, um ihm und mit ihm seiner Fraktion ihre Sympathie und Verehrung auszudrücken. Es war ein heiterer Abend im Kreise von Freunden, wohl geeignet, den hier so hochgeehrten Kämpen für die katholische Sache in Preußen und Deutschland angenehm zu berühren, und von ihm sobald nicht vergessen zu werden. — Monsignor Prinz Edmund Radziwill, der in Begleitung Sr. Eminenz des Kardinals Grafen Ledochowski, Erzbischofs von Posen und Gnesen, nach Rom kam, wollte vor einigen Tagen das Colisseum bei Mondenschein besichtigen. Er begab sich allein dahin und wurde von Räubern geplündert. Er verlor seine goldene Uhrkette, die ihm die Schurken abrissen, und 20 Frcs., die er bei sich hatte. Glücklicherweise blieb die Uhr in der Tasche stecken, sonst würde er dieselbe auch eingebüßt haben.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. April. Einem amtlichen statistischen Nachweis zufolge zählte die russische Armee Ende vorigen Jahres überhaupt 29,174 Offiziere und 742,465 Mannschaften, von denen 556,575 Mann in der aktiven Armee dienten, 147,054 Mann zu den Territorial- und die übrigen zu den irregulären Truppen gehörten. Die Infanterie bestand aus 581,603 Mann, die Kavallerie aus 60,193 Mann, die Artillerie aus 84,635 Mann, die übrigen gehörten zum Genie-Corps. Die Zahl der auf Urlaub befindlichen Soldaten betrug Ende vorigen Jahres 840,764 Mann, von denen 533,957 Mann auf unbestimmte Zeit, die übrigen auf bestimmte Zeit beurlaubt waren. Die in der Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar stattgehabte Militäraushebung, bei welcher auf 1000 Seelen 6 Mann ausgehoben wurden, lieferte der Armee ein Rekrutenkontingent von 142,162 Mann. Die erste Rekrutenaushebung nach dem neuen Militärgesetz fand im europäischen Rußland vom 1. November bis 15. Dezember, in Sibirien vom 15.—31. Dezember v. J. statt. Das dienstfähige Alter hatten 724,648 Mann und wurden von denselben für die Landarmee, Flotte u. s. w. 150,000 Mann ausgehoben. — Bei der russischen Kriegsflotte im Schwarzen Meere sollen für die beginnende Navigationsperiode 31 Fahrzeuge mit 311 Stabs- und Oberoffiziere, 46 Maschinisten und Kondukteuren und 3002 Mann ausgerüstet werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen 26 April.

r. Zu Mitgliedern des Bezirks-Ausschusses bei der hiesigen Reichsbank-Hauptstelle sind auf Grund des § 36 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 vom Reichskanzler ernannt worden: Provinzial-Steuerdirektor, Geh. Ober-Finanzrath Schob, Kaufmann Gustav Kronthal, Kaufmann Leopold Goldenring, Kaufmann L. D. Jaffe, Kaufmann Packscher, Kaufmann Bendix. Dieser Bezirksausschuß hat aus seiner Mitte zu Beigeordneten gewählt den Kaufmann Leopold Goldenring und den Kaufmann L. D. Jaffe Der Vorstand der hiesigen Reichsbank-Hauptstelle besteht bekanntlich aus dem Bankdirektor Brochowski und dem Bankrendanten Junck. Bankkommissarius und Justitiarius ist der Kreisgerichtsdirektor, Geh. Justizrath Cleinow. Der oben erwähnte § 36 des Bankgesetzes lautet folgendermaßen:

Außerhalb des Hauptsitzes der Bank sind an vom Bundesrathe zu bestimmenden größen Plätzen Reichsbank-Hauptstellen zu errichten, welche unter Leitung eines aus wenigstens 2 Mitgliedern bestehenden Vorstandes, und unter Aufsicht eines vom Kaiser ernannten Bankkommissarius stehen. Bei jeder Reichsbank-Hauptstelle soll, wenn sich daselbst eine hinreichende Zahl geeigneter Antheils-Eigner vorfindet, ein Bezirks-Ausschuß bestehen, dessen Mitglieder vom Reichskanzler aus den vom Bankkommissar und vom Zentral-Ausschuß aufgestellten Vorschlagslisten der am Sitz der Bank-Hauptstelle oder in dessen unmittelbarer Nähe wohnhaften Antheils-Eigner ausgewählt werden. Dem Ausschuß werden in seinen monatlich abzuhaltenden Sitzungen die Uebersichten über die Geschäfte der Bank-Hauptstelle und die von der Zentral-Verwaltung ergangenen allgemeinen Anordnungen mitgetheilt 2c. Eine fortlaufende spezielle Kontrole über den Geschäftsgang bei den Bank-Hauptstellen üben, soweit es ohne Störung der täglich laufenden Geschäfte geschehen kann, 2—3 Beigeordnete, welche vom Bezirksausschuß aus seiner Mitte gewählt, oder, wo ein Bezirksausschuß nicht besteht, vom Reichskanzler ernannt werden.

r. **Der Polizei-Präsident Staudy** ist heute auf einige Tage nach Berlin gereist.

Druckfehler-Berichtigung. In Nr. 286 muß es unter der Korrespondenz aus Obornik nicht „Kaminski'sche", sondern Kasinski'sche Fibel heißen.

Aus dem Gerichtssaal.

A. Berlin, 25. April. Nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 31. v. M. ist auf das Gesuch eines nicht verhafteten Angeklagten, den Termin für die mündliche Verhandlung in 2. Instanz zu verlegen, wenn die Zeit noch ausreicht, der Richter in jedem Falle verpflichtet, vor Eintritt des Termins den Angeklagten zu bescheiden. Fuhrmann G. in Rogasen war in einer strafgerichtlichen Untersuchung als Angeklagter am 3. Januar 1876 vor den Kriminalsenat des Appellationsgerichtes zu Posen vorgeladen worden. Am 30. Dezember 1875, also vier Tage vor dem anberaumten Termine ging jedoch bei dem Appellationsgericht ein Gesuch des Angeklagten ein, in welchem er um Verlegung des Termins nachsuchte, weil er auf denselben Tag in einer Bagatellprozeßsache zur Verhandlung und Entscheidung vor den Kommissarius des kgl. Kreisgerichts zu Rogasen geladen sei. Auf dieses Gesuch erhielt jedoch G. keinen Bescheid; der Termin wurde beim Appellationsgericht zu Posen in Abwesenheit des Angeklagten abgehalten, wobei er verurtheilt wurde. In den Gründen des verurtheilenden Erkenntnisses sprach das Appellationsgericht aus, es sei dem Gesuche des Angeklagten nicht stattgegeben, weil er in einem Termine sich hätte können vertreten lassen, für die Nothwendigkeit seines persönlichen Erscheinens in beiden sei kein ersichtlicher Grund vorhanden, auch sei eine Bescheidung des Angeklagten auf sein Verlegungsgesuch wegen Kürze der Zeit nicht thunlich gewesen. Auf die Nichtigkeitsbeschwerde des Angeklagten vernichtete jedoch das Obertribunal das zweite Erkenntniß und wies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Appellationsgericht zu Posen zurück. „Der Appellationsrichter," führt das Erkenntniß des Obertribunals aus, „hat durch sein Verfahren den Grundsatz verletzt, daß der nicht verhaftete Angeklagte ein Recht hat, vor dem Appellationsrichter persönlich zu erscheinen. Jedenfalls mußte auch der Angeklagte, wozu die Zeit vollkommen ausreichte, vor Eintritt des Termins beschieden werden, wenn seinem Antrage auf Verlegung desselben nicht stattgegeben werden sollte."

⋕ **Berlin,** 25. April. Vor Kurzem erreichte durch Urtheil des Obertribunals ein bedeutender Steuer-Defraudations-Prozeß sein Ende, welcher nicht nur für die Provinz Posen, der die dabei Betheiligten angehören, sondern auch wegen der Höhe der in Betracht kommenden Summen für weitere Kreise von Interesse sein dürfte. — Dem Weinhändler R. in Krotoschin war eine Steuerbonifikation von 20 pCt. eingeräumt, da sein Import von Ungarweinen angeblich einen durch gesetzliche Vorschrift bestimmt fixirten sehr bedeutenden Umfang erreichte. Er genoß diese ansehnliche Steuervergütung eine lange Reihe von Jahren hindurch, ohne daß der Behörde offenbar wurde, daß er die belangreichen ungarischen Weineinkäufe seiner beiden Schwiegersöhne in Posen und Wreschen mit auf sein Konto nahm und nur dadurch das gesetzlich vorgeschriebene Quantum als importirt nachweisen konnte. Dies wurde von der Steuerbehörde in Breslau entdeckt, als sie bei Gelegenheit einer Reklamation des R. Einsicht in einige an ihn adressirte Frachtbriefe über Ungarwein erhielt und aus diesen entnehmen konnte, daß ein Theil des importirten Weines zur direkten Weiterbeförderung nach Posen und Wreschen gleich von Breslau aus bestimmt gewesen war. Die betr. Steuerbehörden wurden sogleich telegraphisch angewiesen, eine Revision der Geschäftsbücher der drei Weinhändler vorzunehmen, und diese erwiesen die Richtigkeit der in Breslau gefaßten Annahme. Nun wurde vom Steuerfiskus, vertreten durch den Oberstaatsanwalt in Posen, der Prozeß gegen R. eingeleitet, der sich mehrere Jahre hinzog, in erster Instanz mit Freisprechung des Angeschuldigten endete, aber in der zweiten und dritten Instanz dem Verklagten eine sehr hohe Geldbuße (79,500 Mark) auferlegte. Auf ein eingereichtes Gnadengesuch trat eine Ermäßigung der Strafe nicht ein, doch konnte R., der übrigens zu den begütertsten Einwohnern der Stadt Krotoschin zählt, durchsetzen, daß ihm eine Abzahlung der Straffumme in drei Raten gestattet wurde.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Düsseldorf,** 21. April. Professor J. C. Watson in Ann Arbor im Staate Michigan entdeckte vor wenigen Tagen den vierten diesjährigen Planeten 11. Größe, dessen Ort für April 19 Mitternacht folgender war: Rectascension 12 Uhr 28 Min., südliche Deklination — 11 Grad 45', tägliche Aenderung der Deklination + 2'. Hiermit steigt die Anzahl der bekannten kleinen Planeten auf 161, von welchen 46 in Amerika, 5 in Asien und 110 in Europa entdeckt sind.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Prospekt-Unwesen.** Die „Allg. Hagel-Versicherungs-Ztg." bespricht in Nr. 20 unter der Ueberschrift: „Das Prospekt-Unwesen" die Oesterreichische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft, aus welchem Artikel wir im Interesse des landwirthschaftlichen Publikums Folgendes hervorheben:

a) Zuerst wird den Mitgliedern landwirthschaftlicher Vereine 5 pCt. Rabatt der Prämie versprochen.

Muß man nicht mißtrauisch gegen die Prämienfestsetzung werden, wenn ohne rationelle Gründe beliebig Ermäßigungen oder Erhöhungen vorgenommen werden? Die Rabattgewährung setzt selbstverständlich eine rationelle Prämie voraus, und diese kann die Gesellschaft prinzipiell nicht festhalten.

b) Genießen außerdem die Aktionäre der Gesellschaft eine Ermäßigung der Tarifprämie, und zwar Aktionäre von 3 Stück Aktien 5 pCt., von 6: 10 pCt., von 10: 15 pCt. und von über 10 Aktien 20 pCt.

Dies ist dieselbe Irrationalität, wie die Mitgliedschaft sub a! Am Ende ist durch Aktiennahme die Prämienschleuderei, wie dies offenbar vorliegt, gerechtfertigt.

Diese Versprechungen scheinen uns die Gesellschaft in kein günstiges Licht zu stellen. — Wenn sie einen Fonds wirklich besäße oder ihr das Interesse ihrer Aktionäre am Herzen läge, könnte sie unmöglich so, wie es hier geschieht, darauf losarbeiten. Die letzten Generalversammlungsberichte bestätigen diese Annahme vollauf. Bei ihrem System müssen Verluste wie (1875: 47,000 Fl.) alljährliche Erscheinungen werden. — Uns will es scheinen, als wä e es ein ganz falscher Weg, durch solche Verheißungen in Prospekten etwas zu erreichen. Allerdings lassen sich einzelne Denkfaule dadurch momentan gewinnen, da aber der hinkende Bote nachkommt (welche Gesellschaft kann für Wenig Viel leisten!) so ist der Nachtheil für die Gesellschaft um so größer, als die Enttäuschung auf Seiten der Aktionäre. Will die Oesterreichische Hagelversicherungsgesellschaft auf die Dauer in Deutschland operiren, so muß sie vor Allem solche Mittel vermeiden, wie sie ihr neuester Prospekt enthält.

Vermischtes.

* **Glogau.** 25. April. Ein Wolkenbruch hat in der Nacht um 2 Uhr die nächste Umgegend von Glogau arg geschädigt. Die Dörfer Jätschau, Rauschwitz, die Mühlen und das Terrain an den hiesigen Promenaden haben bedeutenden Schaden gelitten; auch sind Schweine, Hunde, Ziegen ertrunken. Die Wassermassen haben an der Freiburger Bahn, dicht hinter den Festungswerken, wo die Bahn über die Chaussee geht, ein Loch von 600 Kubikmeter gerissen. Der Schienenstrang hängt in Länge zweier Schienen frei in der Luft. Der Verkehr mit und von Breslau ist nicht unterbrochen; die Passagiere steigen vor der Unglücksstelle aus und demnächst in die auf der anderen Seite bereitstehenden Züge wieder ein. Der Güterverkehr ist suspendirt. Hoffentlich wird bis morgen Abend das äußerst tiefe und ausgedehnte Loch ausgefüllt, und sodann die Strecke wieder passirbar gemacht.

* **Für Gartenfreunde.** Will man den Maulwurf, ohne dieses so nützliche Thier zu tödten, von Saat-, Blumen- und Gemüsebeeten fernhalten, so tauche man einen bleistiftdicken Strick in Theer ein und lege ihn in eine 12 Centimeter tiefe Furche, welche man um das Beet zieht.

Briefkasten.

R. S. in Posen. Die Beantwortung Ihrer Frage finden Sie in unserer gestrigen Morgennummer in dem Briefe unseres berliner Ω-Korrespondenten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Briefkasten der Expedition.

Den geehrten Abonnenten in Samter zur gefl Nachricht, daß diesseits das defektirte Familienblatt Nr 17 richtig expedirt und auf uns unerklärliche Weise abhanden gekommen ist. Wir werden deshalb die betreffende Nummer neu setzen und drucken lassen und den resp. Abonnenten noch vor Ende d. Woche zustellen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 26. April. Bei der heutigen ersten Berathung der Reichs-Eisenbahnvorlage im Abgeordnetenhause erklärte Fürst Bismarck aufs Bestimmteste, der allgemein beklagte Rücktritt Delbrücks hänge weder mit der Eisenbahnfrage noch mit irgend einer anderen Frage zusammen, es walte nicht der geringste Meinungsunterschied zwischen dem Kaiser, Bismarck und Delbrück; Bismarck würde selbst die Vertagung der wichtigsten Frage dem Rücktritt Delbrücks vorgezogen haben, aber nach der aufreibenden Thätigkeit des letzten Jahrzehnts war es Delbrück unmöglich, fortzuarbeiten. Im weiteren Laufe der Debatte betonte Bismarck die Unerträglichkeit der bisherigen Zerrissenheit Deutschlands auf dem Eisenbahngebiet. Die Reichsverfassung bezüglich des Eisenbahnwesens könne nur zur Wahrheit werden, wenn die Bahnen an das Reich übergehen. Wider den Willen der Staaten würde das Reich deren Bahnen nicht erwerben können, man wolle nichts übereilen, sondern schrittweise vorgehen, wünschenswerth sei, alle politischen Hintergedanken zu verdrängen und nur die wirthschaftlichen im Auge zu behalten.

Berlin, 26. April. Die „Provinzialkorrespondenz" schreibt bezüglich des Rücktritts des Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück, daß allein Gesundheitsrücksichten diesen Entschluß herbeiführten. Im Gefühl, daß sich seine Kraft aufzureiben beginne, daß er sein Amt mit voller Kraft nicht weiterführen könne, hielt er es für Pflicht, demselben zu entsagen. Man hoffte, ihn durch Verringerung des Umfangs seiner Aufgaben im Amte zu erhalten, aber der Gedanke, seine Wirksamkeit künftig nicht mehr in vollem Maße zu üben, ließen Delbrück jeder Hinausschiebung seines Entschlusses widerstreben. Die Hoffnung sei nicht aufzugeben, daß derselbe nach einer Ruhezeit das Gefühl der Kraft in vollem Maße wiedergewinne und seine unvergleichliche, unersetzliche Erfahrung und Tüchtigkeit von neuem dem Vaterlande widme.

(Beilage.)

Impfplan

für die Stadt Posen und die Ortschaften Jerzyce mit Mulakshausen, Unter- und Ober-Wilda und St. Lazarus pro 1876.

A. VI. Polizei-Revier.

Sonnabend, den 29. April 1876, Nachmittags 4 Uhr in der Mittelschule.

Impfung der 1. Station.
1. St. Martinstaße vom Berliner Thor bis zur Kleinen Ritterstr,
2. Wallstraße,
3. Töpfergasse,

Sonnabend, den 6. Mai 1876, Nachmittags 4 Uhr in der Mittelschule.

a) Revision der Geimpfen vom 29. April 1876,
b) Impfung der 2. Station.
1. St. Martinstraße von der Kleinen Ritterstraße bis zum Petriplatz.
2. Kleine Ritterstraße.
3. Hohe Gasse.
c) Vorimpfung von 15 Kindern für Jerzyce,
d) Revaccination der Schüler der Mittelschule.

Sonnabend, den 13. Mai 1876, Nachmittags 2½ Uhr in der Mittelschule.

a) Revision der Geimpften vom 6. Mai 1876,
b) Revision der Revaccinirten vom 6. Mai 1876,
c) Impfung der 3. Station

zu Jerzyce, Nachmittags 4 Uhr in der Schule daselbst,

1. St. Lazarus excl. Mulakshausen,
2. Jerzycer Grundstücke, welche am alten Bahnhof liegen,
3. Jerzycer Grundstücke links der Berliner Chaussee, rechts und links, einschließlich der sogenannten Zabigorka,
d) Revaccination der Hälfte der Schüler zu Jerzyce.

Sonnabend, den 20. Mai 1876, Nachmittags 4 Uhr in der Schule zu Jerzyce.

a) Revision der Geimpften vom 13. Mai 1876,
b) Impfung der 4. Station,
1. die übrigen Grundstücke des Dorfes Jerzyce rechts der Berliner Chaussee,
2. Grudziniec,
c) Revaccination der 2ten Hälfte der Schüler zu Jerzyce,
d) Revision der 1ten Hälfte der Schüler zu Jerzyce.

Sonnabend, den 27. Mai 1876, Nachmittags 4 Uhr in der Schule zu Jerzyce.

a) Revision der Geimpften vom 20. Mai 1876,
b) Revision der zweiten Hälfte der Schüler zu Jerzyce.

B. I. Polizei-Revier.

Impflokal: Städtische Bürgerschule, Breslauerstr. 16.

Sonnabend, den 27. Mai 1876, Nachmittags 2 Uhr.

Vorimpfung von 20 Kindern der 1. Station.

Sonnabeng, den 3. Juni 1876, Nachmittags 2 Uhr.

a) Impfung der 1. Station, Alter Markt,
b) Revaccination der ersten 100 Schüler der Bürgerschule.

Sonnabend, den 10. Juni Nachmittags 2 Uhr.

a) Revision der Geimpften vom 3. Juni 1876 (1. Station),
b) Impfung der 2. Station,
1 Breslauerstraße,
2. Jesuitenstraße,
3. Schulstraße,
c) Revaccination der zweiten 100 Schüler der Bürgerschule,
d) Revision der ersten 100 Schüler der Bürgerschule,

Sonnabend, den 17. Juni 1876 Nachmittags 2 Uhr,

a) Revision der Geimpften vom 10. Juni 1876 (2. Station),
b) Impfung der 3 Station,
1. Wasserstraße von Nr. 17—30,
2. Ziegenstraße,
3. Klosterstraße,
4. Taubenstraße,
5. Neumarkt,
6 Thorstraße,
7. Allerheiligenstraße,
c) Revaccination der dritten 100 Schüler der Bürgerschule,
d) Revision der zweiten 100 Schüler der Bürgerschule.

Sonnabend, den 24. Juni 1876 Nachmittags 2 Uhr.

a) Revision der Geimpften vom 17 Juni 1876 (3. Station),
b) Impfung der 4. Station,
1. Grabenstraße,
2. Wasserstraße von 1—14,
c) Revaccination des Restes der Schüler der Bürgerschule,
d) Revision der dritten 100 Schüler der Bürgerschule.

Sonnabend, den 1. Juli 1876 Nachmittags 2 Uhr

a. Revision der Geimpften vom 24. Juni 1876 (4. Station).

Nachmittags 3½ Uhr

b. Revaccination der Schülerinnen der Luisenschule,
Revaccination der Schüler der Zielke'schen Privatschule,
Revaccination der Schüler der Bermaß'schen Privatschule,
Revaccination der Schüler der Wilczynski'schen Privatschule,
Revaccination der Schüler der Berger'schen Privatschule,
Revaccination der Schüler der Schwetzke'schen Privatschule.
c Revision des Restes der Schüler der Bürgerschule

Nachmittags 4½ Uhr.

Sonnabend den 8 Juli 1876 Nachmittags 2 Uhr.

Revision sämmtlicher am 1. Juli 1876 revaccinirten Schüler.

C. III. Polizei-Revier

Donnerstag den 8. Juni 1876 Nachmittags 4 Uhr in der Schule zu Ober-Wilda.

Vorimpfung von 12 Kindern aus Ober-Wilda.

Freitag den 16. Juni 1876 Nachmittags 4 Uhr in der Schule zu Ober-Wilda

a) Impfung der 1. Station.
1. Ober-Wilda,
2. Unter-Wilda,
3 Columbiastraße.
b) Revaccination der Schüler zu Ober-Wilda,
c) Vorimpfung von 18 Kindern für die 2. Station.

Freitag, den 23. Juni 1876 Nachmittags 2 Uhr in der Schule zu Ober-Wilda.

a) Revision der Geimpften vom 16. Juni 1876 (1 Station),
b) Revision der Schüler zu Ober-Wilda,
c) Impfung der 2. Station in der II. Stadtschule, Allerheiligenstraße Nr. 4 Nachmittags 4 Uhr,
1. Große Gerberstraße Nr. 1—16 und Nr. 41—57,
2. Grüne Straße,
3 Schützenstraße,
4. Wiesenstraße.
d. Revaccination der Schüler des Marien-Gymnasiums

Nachmittags 5 Uhr.

e. Revaccination der Schüler der 2. Stadtschule.

Freitag, den 30. Juni 1876 in der II. Stadtschule Allerheiligenstraße 4

1. Nachmittags 4 Uhr

a) Revision der Geimpften vom 23 Juni 1876 (2. Station),
b) Impfung der 3. Station.
1) Bäckerstraße,
2) Neue und Alte Gartenstraße,
3) Halbdorfstraße.

2. Nachmittags 5½ Uhr:

c. Revaccination der Schüler des Friedrichs-Wilhelms Gymnasiums.

3. Nachmittags 6 Uhr:

d. Revaccination der Schüler der städtischen Realschule,
e. Revision der Schüler des Marien-Gymnasiums,
f. Revision der Schüler der II. Stadtschule.

Freitag d. 7. Juli 1876, in der II. Stadtschule, Allerheiligenstraße 4.

1. Nachmittags 4 Uhr:

a. Revision der am 30. Juni 1876 Geimpften (3. Station),
b. Impfung der 4. Station:
1) Fischerei,
2) Schießstraße,
3) Langestraße.

2. Nachmittags 5 Uhr:

c. Revaccination der Schüler der Estkowska'schen Privatschule,
Motty „
Warnke „

3. Nachmittags 6 Uhr:

d. Revision der Schüler des Friedrichs-Wilhelms-Gymnasiums, der städtischen Realschule.

Freitag d. 14. Juli 1876, in der II. Stadtschule, Allerheiligenstraße 4.

1. Nachmittags 4 Uhr:

a Revision der Geimpften vom 7. Juli 1876 (4 Station).

2. Nachmittags 4½ Uhr:

b. Revision aller am 7. Juli 1876 revaccinirten Schulen.

D. II. Polizei-Revier.

Impflokal in der I. Stadtschule, Kl. Gerberstr. Nr. 12.

Dienstag d. 13. Juni 1876, Nachmittags 4 Uhr:

Vorimpfung von 12 Kindern der 1. Station.

Dienstag d. 20. Juni 1876, Nachmittags 4 Uhr,

Impfung der 1. Station:
1) Judenstraße,
2) Marstallgasse,
3) Dominikanerstraße,
4) Teichstraße;

Dienstag d. 27. Juni 1876

1. Nachmittags 4 Uhr,

a. Revision der Geimpften vom 20. Juni 1876 (1. Station),
b. Impfung der 2. Station:
1) St. Adelbertstraße,
2) Mühlthor,
3) Wronkerstraße,
4) Kl. Schleuse,
5) Kernwerksmühle.

2. Nachmittags 5 Uhr:

c. Revaccination des 1. Drittels der Schüler der I. Stadtschule

Dienstag d. 4. Juli 1876,

1. Nachmittags 4 Uhr:

a. Revision der Geimpften vom 27. Juni 1876 (2. Station),
b. Impfung der 3. Station:
1) Breitestraße,
2) Büttelstraße,
3) Krämerstraße,
4) Klosterstraße,
5) Schlosserstraße.

2. Nachmittags 5 Uhr:

c. Revaccination des 2. Drittels der Schüler der I. Stadtschule,
b. Revision des 1. Drittels der Schüler der I. Stadtschule.

Dienstag, den 11. Juli 1876,

1. Nachmittags 4 Uhr:

a. Revision der Geimpften vom 4. Juli 1876 (3 Station),
b. Impfung der 4 Station.
1) Holzplatz,
2) Schuhmacherstraße,
3) Kleine Gerberstraße,
4) Kernwerk,
5) Große Schleuse.

2. Nachmittags 5 Uhr:

c. Revaccination
des 3. Theils der Schüler der 1. Stadtschule,
der Schüler der Aaronschen Privatschule,
d. Revision des 2. Drittels der Schüler der 1. Stadtschule.

Dienstag, den 18. Juli 1876,

1. Nachmittags 4 Uhr,

a. Revision der Geimpften vom 11. Juli 1876 (4. Station),
b. Impfung der 5. Station.
1) Barlebenshof,
2) Sandstraße,
3) Schifferstraße,
4) Große Gerberstraße von Nr 17 bis 40.

2. Nachmittags 5 Uhr:

c. Revision der Schulen
des 3. Drittels der 1. Stadtschule,
der Aaronschen Privatschule.

Dienstag, den 25. Juli 1876, Nachmittags 4 Uhr:

Revision der Geimpften vom 18. Juli 1876 (5. Station)

E. V. Polizei-Revier.

Impflokal: 3. Stadtschule Wallischei Nr. 61.

Montag, den 19. Juni 1876, Nachmittags 4 Uhr:

Vorimpfung von 20 Kindern der 1. Station.

Montag, den 26. Juni 1876, Nachmittags 4 Uhr:

Impfung der 1. Station.
1) Wallischei Nr. 1 bis 45,
2) Venetianerstraße Nr. 1. bis 19.

Montag, den 3. Juli 1876,

1. Nachmittags 4 Uhr:

a. Revision der Geimpften vom 26. Juni 1876 (1. Station),
b. Impfung der 2. Station.
1) Wallischei Nr. 57 bis 96,
2) Hinterwallischei Nr. 3 bis 8,
3) Dammstraße Nr. 1 bis 5,
4) Flurstraße Nr. 1 bis 7.

2. Nachmittags 5 Uhr:

c) Revaccination des 1. Drittels der Schüler der 3. Stadtschule.

Montag, den 10. Juli 1876,

1. Nachmittags 4 Uhr:

a. Revision der Geimpften vom 3. Juli 1876 (2. Station),
b) Impfung der 3. Station:
1) Dom Nr. 1 bis 18,
2) Thurmstraße Nr. 1 bis 9,
3) Seminarstraße Nr. 1 bis 8,
4) Zagorze Nr. 1 bis 15,
5) Berdychowo Nr. 1 bis 2,
6) Pietrowo Nr. 1 bis 4
7. St. Roch Nr. 1 bis 28,
8. Ostrowek Nr. 1 bis 19,
9. Cybinastraße Nr. 1 bis 12.

2. Nachmittags 5 Uhr,

c Revaccination des 2. Drittels der Schüler der 3. Stadtschule
d. Revision des 1. Drittels der Schüler der 3. Stadtschule.

Montag, den 17. Juli 1876,

1. Nachmittags 4 Uhr,

a. Revision der Geimpften vom 10 Juli 1876. (3. Station).
b. Impfung der 4. Station.
1. Schrodkastraße Nr. 1 bis 9,
2. Philippinerstraße Nr. 1 bis 6,
3. Brombergerstraße Nr. 1 bis 7,
4. Schrodkamarkt Nr. 1 bis 17,
5 Warschauerstraße Nr. 1 bis 16,
6 Zawade Nr. 1 bis 31.

2 Nachmittags 5 Uhr,

c. Revaccination des 3. Drittels der Schüler der 3. Stadtschule,
d. Revaccination der Schüler der Taubstummen-Anstalt,
e. Revision des 2. Drittels der Schüler der 3. Stadtschule.

Montag, den 24. Juli 1876 Nachmittags 4 Uhr,

a. Revision der Geimpften vom 17. Juli 1876 (4. Station),
b. Revision des 3. Drittels der Schüler der 3. Stadtschule,
c. Revision der Schüler der Taubstummen-Anstalt.

F. IV. Polizei-Revier.

Impflokal: Mittelschule. Kl. Ritterstraße.

Donnerst., den 22. Juni 1876 Nachmittags 4 Uhr,

Vorimpfung von 12 Kindern der 1. Station.

Donnerst., den 29. Juni 1876 Nachmittags 4 Uhr,

Impfung der 1. Station.
1. Mühlenstraße,
2. Königsstraße,
3. Lindenstraße.

Donnerst., den 6. Juli 1876

1. Nachmittags 4 Uhr,

a. Revision der Geimpften vom 29. Juni 1876 (1. Station),
b. Impfung der 2. Station.
1. Wilhelmsplatz,
2. Wilhelmsstraße,
3. Bergstraße.

2. Nachmittags 4½ Uhr,

c. Revaccination der Schüler der Valentin-Glaubitzschen Schule,

Donnerst., den 13. Juli 1876

1. Nachmittags 4 Uhr,

a. Revision der Geimpften vom 6. Juli 1876 (2. Station),
b. Impfung der 3. Station.
1. Friedrichsstraße,
2. Schloßstraße,
3. Schloßberg,
4 Kanonenplatz.
5. Neuestraße.

2. Nachmittags 4½ Uhr,

c. Revaccination der Schüler der Beelow'schen Schule.

3. Nachmittags 5 Uhr,

d. Revision der Schüler der Valentin Glaubitz'schen Schule.

Donnerst., den 20. Juli 1876

1. Nachmittags 4 Uhr,

a. Revision der Geimpften vom 13. Juli 1876 (3. Station),
b. Impfung der 4. Station,
1. Berlinerstraße,
2. Bismarckstraße,
3. Fort Tietzen
4. Ziegenstraße,
5. Waisenstraße,
6. Franziskanerstraße,
7. St. Pauli-Kirchstraße,

2. Nachmittags 4½ Uhr,

c) Revaccination der Schüler der Pupke'schen Privatschule,

3. Nachmittags 5 Uhr.

d) Revision der Schüler der Beelow-schen Schule.

Donnerstag, den 27. Juli 1876

1. Nachmittags 4 Uhr,

a) Revision der Geimpften vom 20. Juli 1876 (4. Station),
b) Impfung der 5. Station,
1. Große Ritterstraße,
2. Magazinstraße,
3. Sapiehaplatz,
4. Neustädter Markt.

2. Nachmittags 4½ Uhr,

c) Revision der Schüler der Pupke-schen Privatschule.

Donnerstag, den 3. August 1876 Nachmittags 4 Uhr,

Revision der Geimpften vom 27. Juli 1876 (5. Station).

Posen, den 20. April 1876.

Dr. Gall.

Vorstehender Impfplan wird hierdurch bestätigt und zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Zugleich wird darauf hingewiesen, daß Eltern, Pflegeeltern und Vormünder zur Vermeidung der im § 14 des Impfgesetzes vom 8. April 1874 (Reichsgesetzblatt Seite 31) vorgesehenen Strafen verpflichtet sind, auf amtliches Erfordern mittelst der vorgeschriebenen Bescheinigungen den Nachweis zu führen, daß die Impfung ihrer Kinder oder Pflegebefohlenen erfolgt, oder aus einem gesetzlichen Grund unterblieben ist.

Posen, den 24. April 1876.

Der Polizei-Präsident.

Standy.

Der 1. Nachtrag zum Posener Adreßbuch pro 1876

erscheint Anfang Juni. An alle diejenigen Geschäftstreibenden und selbstständigen Einwohner unserer Stadt, welche aus irgend welchem Grunde im Adreßbuch entweder gar keine, oder eine unrichtige Aufnahme gefunden, sowie **inzwischen verzogen** sind, richten wir die ergebene Bitte:

die betreffenden Berichtigungen uns **schriftlich bis Mitte Mai c.** gef. zugehen zu lassen.

Der Nachtrag, welcher den Abonnenten kostenfrei zugestellt wird, enthält auch das Einwohner-Verzeichniß der Ortschaften Jerzyce, St. Lazarus, Ober- und Unterwilda und, um einigen uns ausgesprochenen Wünschen entgegen zu kommen, auch

Geschäfts-Anzeigen,

um deren baldgef. Zustellung ergebenst gebeten wird.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Oesterreichische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft.

Wir beehren uns ergebenst zur Anzeige zu bringen, daß wir Herrn **Stanislaw v. Sczaniecki** zum Repräsentanten unserer Gesellschaft für den Rayon unserer General-Agentur Posen ernannt haben.

Wien, den 8. April 1876.

Oesterreichische Hagelversicherungs-Gesellschaft.

Carl Graf Althann, Präsident. **Theodor Jaensch,** General-Director.

Bronce-Giesserei,
Bau-Schlosserei u. Fabrik schmiedeeis. Ornamente
von
Ed. Puls,
Berlin O., Holzmarkt-Strasse 13.

Die Bronce-Gießerei liefert Kunst- und kunstgewerbliche Gegenstände, also Medaillons, Reliefs, Statuetten, Füllungen, Kapitäle, Sockel, Kirchenthüren- und Kamingarnituren in künstlerischer Ausführung

Die Fabrik schmiedeeiserner Ornamente fertigt Lauben und Laubengänge, Wintergärten, Treibhäuser, Gitter, Thore, Wetterfahnen, Balcons, Treppengeländer und alle Schlosserarbeiten.

Saamen,

empfehle in **bester frische** Qualität zu **billigsten** Preisen. Verzeichnisse — 23. Jahrgang — stehen gratis zu Diensten. Auch empfehle mich zu Anlagen von Parks und Gärten.

Saamenhandlung von **Heinrich Mayer,**
Kunst- und Anlagen-Gärtner.
Posen, Friedrichsstraße 27,
gegenüber der Provinzial-Bank.

P. P.

Hierdurch beehren wir uns ergebenst anzuzeigen, daß wir nunmehr den Verkauf der von uns erfundenen und

in allen Ländern patentirten

Hart-Gummi-Billard-Bälle

eröffnet und das

General-Depot für Deutschland

dem Billardfabrikanten, Herrn

J. Neuhusen, Berlin, Beuthstrasse 3,

übergeben haben. Hochachtend

G. Magnus & Co.,
Hart-Gummiwaaren-Fabrik,
Fabrik patentirter Hart-Gummi-Billard-Bälle.

Mit Bezug auf obige Anzeige empfehle ich **die in allen Ländern patentirten**

Hart-Gummi-Billard-Bälle,

welche die Elfenbeinbälle in **allen ihren Eigenschaften übertreffen.** Sie sind von einer **unverwüstlichen Haltbarkeit** und ist daher **ein Nachdrehen** und **Nachfärben nie erforderlich.**

Preis per Satz 39—42 Mark.

J. Neuhusen, Billard-Fabrik,
Berlin, SW., Beuthstrasse 3.

Heute Donnerstag empfange frische Seehechte, verkaufe dieselben pro Pfd. 6 Sgr., sowie Silberlachs in allen Größen
Gottschalk, Krämerstraße 6.

Fische! Leb. Hechte, Barse, fr. grünen Silberlachs, Donnerst. A. 5 U. Kletschoff.

Neudorfer Spargel
täglich frisch zu haben bei Frau
Friederike Schmaedike,
Friedrichsstr. 24.

2 kl. möbl. Zimmer sind sof. z. verm. Mühlstr. 4, vis-à-vis d. Mühle.

Bukarester 20 Frcs.-Prämien-Scheine,

Ziehung 1. Mai, Haupttreffer 100,000, 50,000, 40,000, 25,000 Frcs, verkauft à 18 Mark p. Stück

Posen. **Filiale Leopold Weiss,**
Wilhelmsstraße 17.

Sechstes Verzeichniß.

An Beiträgen für die Ueberschwemmten sind nachträglich bei uns eingegangen:

Durch B. Fränkle aus einer kleinen Stadt 2 M. Stadtsyndikus Erichson aus Stralsund 300 M. Expedition der Kreuz-Zeitung 69 M. 50 Pf. Kreisrichter Schmidt in Meseritz, Ertrag einer Dilettanten-Vorstellung 273 M. Haupt-Seehandlung in Berlin von „einer frohen Gesellschaft" 70 M. Vom Vaterländischen Frauen Verein in Stettin, zweite Sendung 150 M. Frau Baronin von Massenbach in Fraustadt 153 M 11 Pf. Th. Neumann in Hoyerswerda 5 M. Durch Regierungsrath Seligo hier von der Großen National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln und deren Tochterlogen zu Berlin 150 M. Zusammen 1172 M. 61 Pf. Hierzu die publizirten Beiträge bis 15. April c. 21,696 M. 50 Pf. Im Ganzen 22,869 M. 11 Pf.

Posen, den 26. April 1876.

Der Vaterländische Frauen-Verein.

Durch 25 Jahre erprobt!

Anatherin-Mundwasser

von Dr. **J. G. Popp,** k. k. Hof-Zahnarzt in Wien.

Anerkannt und erprobt als bestes, reinstes und unschädlichstes aromatisches Zahn- und Mundwasser zur Stärkung, Belebung, Erfrischung und Reinigung der Zähne, des Zahnfleisches und Mundes Preis pr. Flasche 1,25, 2 und 3 Mark. — **Anatherin-Zahn-Pasta** zu 10 bis 20 Sgr. — **Vegetabil. Zahnpulver** zu 10 Sgr.—**Plombe zum Selbstausfüllen** hohler Zähne 1 Thlr. 15 Sgr.

Depots in den meisten Apotheken, in Posen bei Herrn **S. Alexander** (H. Kirsten), St. Martin 11.

Tod allem Ungeziefer.

Giftfreies, kostenloses und schnell tödtendes Mittel zur Ausrottung allen Ungeziefers, als **Ratten, Mäuse, Schwaben Wanzen, Motten** 2c. sofort spurlos zu vertilgen, empfiehlt und sendet die Rezepte gegen Franko-Einsendungen von 1 M. 50 Pf. der Hofkammerjäger

H. Ungnad in Berlin, Schützenstraße Nr. 77.

Magenkrampf

wird sofort und sicher beseitigt durch magenstärkenden

Ingwer-Extract

von **Aug. Urban in Breslau,** in Flaschen à 20 und 10 Sgr. bei **Ed. Feckert jun.** in Posen.

Täglich frischen Spargel,

Täglich frischen Waldmeister,
Neue Kartoffeln,
Frische Tafel- und Tischbutter,
Frische Eier,
Hochrothe Meff. Apfelsinen u. Citronen bei **Richard Fischer.**

Maitrank

von frischem Waldmeister, die große Rheinweinflasche zu 10 Sgr. (excl. Flasche), empfiehlt die Conditorei und Weinhandlung von

A. Pfitzner,
am Markt.

Frischen grünen Lachs in kleinen Fischen das Pfund à 60 Pf. empfehlen

W. F. Meyer & Co.

Die

Ostsee-Fischhandlung

von

C. Ahrens - Barth
a. d. Ostsee

empfiehlt als neueste und vorzüglichste Delikatesse

f. mar. Ostsee-Fetthering in Dosen von 4 Liter à Dose 5 M.
f. gebratene Heringe à Dose 5 M. 50 Pf.
f. nordische Alomenheringe à Dose 3 M 50 Pf.
f. geräucherte Lachsheringe à Kiste v. ca 8 Pfd. Inhalt 4 M.
frische Fett-Bücklinge à Kiste v. ca. 6 Pfd Inhalt à 4 M.

Versand gegen Baar oder Nachnahme.

Frischen grünen Silberlachs

empfiehlt

S. Samter jr.,
Wilhelmsplatz 17.

Tafel-Butter

täglich frisch empfiehlt

Eduard Feckert jun.

30—40 Lit. gute Milch

sind täglich zu vergeben Kl. Ritterstr. 1 im Keller.

Ausverkauf

Rester feiner **Bremer und Hamb. Cigarren** zu herabgesetzten **Preisen empfiehlt**

Eugo Tilsner.

Für **Posen** und benachbarte Städte suche ich einen

thätigen Agenten

zur Vertretung in meinen Schnupftabak-Fabrikaten.

Meldungen unter Aufgabe von Referenzen sehe ich entgegen.

Joseph Doms
in Ratibor.

Ein Laden mit angrenzender Stube ist per Oktober **für 600 Mark** in der Gr. Gerberstr. zu vermiethen. Näh. in der Exped. d. Ztg.

Ein fein möbl. Zimmer ist z. verm. Gr. Gerber- u. Büttelstr.-Ecke 18. 1 Tr.

Wallischei 93,

ist per 1. Mai eine schöne Wohnung für 100 Thlr. zu vermiethen.

Neue Posthalterei 2 Tr. rechts ist ein möbl. Zimmer für 1 oder 2 Herren zu verm. Auf Verlangen auch Beköstigung.

---

8 — 10 zusammenhängende Zimmer zu Fabrikräumlichkeiten passend, sind im 1. Stock des Hintergebäudes Gr. Gerberstraße 39, per 1. Oktober zu vermiethen.

Wohnung

auch zu einem Geschäftslokal passend, ist in der Breslauerstr. vom 1. Oktober zu verm. Näheres Schützenstraße 2, 2 Treppen.

Bäckerstraße 10, ist ein gr. Zimmer möbl. oder unmöbl. sofort zu verm.

St. Martin 13, im ersten Stock ist ein möblirtes Zimmer zu verm.

Alter Markt 77 ist eine neu eingerichtete Bäckerei nebst Verkaufsladen zu vermiethen.

---

2 möbl. Zimmer sind bill. zu verm. Halbdorfstr. 35. **F. Jasiński.**

Eine Wirthin,

die mit der feinen Küche und mit der Molkerei vertraut sein muß, wird von dem **Dom. Wojnowo** bei Bromberg zum 1. Juli d. J. gesucht Gehalt 240 Mark.

Das Dominium Turowo bei Pinne sucht zum 1. Juli d. J. einen tüchtigen, auch im Maschienenbetriebe erfahrenen

Brenner,

der auch verheirathet sein kann. Geeignete Bewerber wollen sich franco an den Unterzeichneten unter Beifügung ihrer Zeugnisse wenden.

Mengel.

Eine oder mehrere ordentliche

Arbeiter-Familien,

können sich melden auf dem Dominium **Elisenfelde** bei **Tirschtiegel.** Daselbst wird auch ein

Knecht und eine **Magd** verlangt.

Einen **Konditor-Gehilfen** und einen **Lehrling** sucht zum baldigen Antritt

H. Wolkowitz.
Konditorei,
Wilhelmsplatz 12.

Einen Lehrling

sucht Klempnermeister **L. Kiesling** Berliner- und Ritterstraßen-Ecke Nr. 1.

Ein junger Mann,

der mit der Eisenbranche vollkommen vertraut, der Buchführung u Corresp. mächtig, polnisch spricht, findet per 1. Juli c. oder später Stellung bei

T. Krzyżanowski,
Schuhmacherstraße 17.
Persönliche Vorstellung erwünscht.

Ein Lehrling, welcher Lust hat das Barbiergeschäft zu erlernen, kann sich melden bei **J. Niehr**, Markt 60.

Ein ordentlicher **Haushälter,** verheirathet, findet pr. 1. Oktober Stellung. Zu erfr. Berlinerstr. 5, b. Wirth.

Ein junger kräftiger Arbeitsbursche findet dauernde Beschäftigung bei **A. Sieburg**, Wallischei 96.

Ein Kindermädchen f. d. Tag wird gesucht

St. Paulikirchstr 9, 2 Tr.

Tüchtige Möbel-Tischler,

finden dauernde Beschäftigung in der Fabrik von

Foth & Co.
Stolp in Pomm.

Ein j. **Techniker,** (spricht polnisch), prakt. Maurer, in allen Bur.-Arb. erfahren, der auch ein Zimmer- oder Maurergesch. selbstst leiten kann, sucht sofort oder per 1. Mai cr. Stellung Auf Verl. pers. Vorstell. Off. G G 4,50 Liegnitz.

Ein junger Mann, (Eisenhändler), beider Landessprachen mächtig, sucht per 1. Juli Stelle. Adressen postlagernd P. K 10 Kriewen.

Ein schlesischer Landwirth

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbständig verwaltet mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen versehen, **wünscht ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième.** Offerten werden unter **D. 3204** an **Rudolf Mosse, Breslau,** erbeten.

Wirthinnen, Köchinnen, Stubenmädchen empfiehlt

Stuwczyńska, Miethsfrau.
Mühlenstraße 34.

Verein zur Wahrung kaufmännischer und gewerblicher Interessen.

General-Versammlung.
Donnerstag den 27. April,
Abends 7½ Uhr,
im Schwersenz'schen Lokale.

Tagesordnung:

1) Vortrag des Vorsitzenden über Vereinsangelegenheiten.
2) Beschlußfassung über eine Petition an das Kaiserliche Ober-Postamt betreffs der Postmandate.
3) Beschlußfassung über Wiedereinführung von Klagen Seitens des Vorstandes.
4) Persönliche Angelegenheiten.

Der Vorstand.

Durch die glückliche Geburt eines muntern Töchterchens wurden erfreut.

H. M. Silberstein u. Frau geb. **Krombach.**

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Eva** mit dem Kaufmann Herrn **Jacob Sperber** in Breslau beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 24. April 1876

Jonas Holz.

Als Verlobte empfehlen sich:

Eva Holz,
Jacob Sperber.

Heute Nachmittag 6 Uhr starb meine herzinniggeliebte, theure Frau **Marie,** geb. **Horn,** nach längeren Leiden. Diese Trauernachricht allen Bekannten und Freunden.

Die Beisetzung findet Freitag, den 28. c, Nachmittags, in Trzcionka statt.

Trzcionka bei Kuschlin,
den 25. April 1876.

Rudolf Jacobi.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Clara von Bernhardi mit Prem.-Lieut. Wilhelm Grafengießer in Neu-Ruppin. Frl. Anna Jaensch mit Assistenzarzt 1. Kl. Dr. Chlumsky in Paulswiese und Unruhstadt. Frl. Emma Weber mit Kaufmann Otto Warendorf in Salzwedel. Frl. Minna Bartenstein mit Sec.-Lieutenant Erich v Behling in Naumburg a. S. Frl. Fanny Hansemann mit Kapitän zur See Freiherrn v. Reibnitz in Westend - Charlottenburg und Kiel. Frl. Marie Hasse mit Lieutenant Georg Wichura in Breslau. Frl. Valerie Reimann mit Geh. Sekretair Eichholz in Stargard und Berlin. Frl. Louise Braun mit Herrn Reinhold Rockenstein in Berlin.

Verehelicht: Herr Pastor Lic. theol. Dr Theodor Weber mit Frl. Elisabeth Meuß in Breslau. Postdirektor Wilhelm Hintze mit Frl. Marie Scherpe in Liegnitz. Kreisrichter Dr. Willbald Peters mit Frl. Mary Vogelsang in Hannover. Baumeister F. Schwenke mit Frl. Louise Baltzer. Gymnasiallehrer Dr. Julius Froboese mit Frl. Luise Gebhard in Wandfried.

Geboren: Ein Sohn den Herren: Lieut. von Horn in Belgard. Hauptm. von Walbaum in Stalsund. F Wirth in Lopienno. Geh. exped. Sekretär Dibelius in Berlin. Münzwardein E. Bork in Frankfurt a. M. Georg Weiß in Potsdam. Hofbäcker C. Hempel in Charlottenburg. Brigl in Berlin. J. v. d Werdt in Berlin. C. Reimer in Berlin. Eine Tochter den Herren: Prem. Lieut. von Spalding in Lüderitz. W von Heyden-Linden in Stettin. E. von Zadow in Alt-Wuhrow. Pastor Maune in Dölln. Ein Sohn und eine Tochter Herrn Rechtsanwalt Glatte in Freistadt i. Schl.

Gestorben: Oberst z. D. Moritz Modrach in Charlottenburg. Frau Prediger Marie Juschke, geb. Heydenreich in Sonnenburg Hrn. Prorektor Dr. Kalmus Sohn Martin in Pyritz. Frau Pastor Maria Siveke, geb. Sasse, in Hille. Prediger Oswald Braust in Forst Frau Valerie von Jaraczewska, geb. von Figalkowska, in Gluchowo. Frau Staatsrath und Obersteuerdirekt. a. D. Emma Freifrau von Hanstein-Knorr, geb. von Knorr, in Kassel. Frl. Charlotte von Meding in Rom. Herr Curt Christoph von Arnim auf Cropen in Dresden Verw Frau Dr. Caroline Drees, geb. von Lergerken, in Salzdetfurth. Kreisrichter Otto Kassner in Nebra a. d. Unstrut. Thierarzt 1 Kl. F. W. Bösenroth in Berlin. Hrn. Richard Röwer Sohn Paul in Berlin. Hrn. Dr. Haag Sohn Willy in Berlin. Kaufmann Max Pickert in Berlin Frau Maria Rappo, geb. Hirsch, in Berlin.

Lamberts Konzert-Salon,
Bäckerstraße.

Heute Donnerstag, den 27. April 1876:

Großes und vorletztes

Konzert

von der

Böhm. Oesterreichischen Musik-Kapelle

unter Leitung des **Musik-Direktors H. W. Staural.**

Anfang 7 Uhr Abends.

Billets sind im voraus zu haben à 50 Pf. im Cigarren-Geschäft des Hrn. **Schleh** und Abends an der Kasse à 75 Pf.

Morgen Freitag, den 28.:

Großes Abschieds-Konzert.

B. Heilbronns Restaur.

Heute und folgende Abende großes **Vokalkonzert,** ausgeführt von der Damen-Couplet-Sänger-Gesellschaft **Christoph** aus Berlin.

Heute Abend **Eisbeine,** nächsten Donnerstag zum letzten Mal, bei

A. Grosser,
Halbdorfstr. 17a.

Restaurant (Jerzycer-Wassermühle).

Heute Abend Familientanzvergnügen von 6 Uhr an. Zum Abendbrod frisch marinirten Aal mit Bratkartoffeln. Alle mir wohlwollenden Herrschaften lade ergebenst mit Familie ein.

Hochachtungsvoll
Derpa.

Caffee-Haus Urbanowo.

Ich empfehle dem hochgeehrten Publikum meinen neu und aufs Beste eingerichteten Garten, sowie den Saal u. Kegelbahn, und stelle dieselben für Landpartien von Vereinen, Fabriken u. Schulen zur Disposition. Es sind auch Sommer-Wohnungen zu vermiethen.

J. Weżyk.

Feldschloß-Garten.

Gutes Lagerbier, täglich frischen **Spargel mit Coteletts** empfiehlt

C. Darnstädt.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.